

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 25. April 1979

am Donnerstag, dem 26. April 1979

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	18, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	2, 22 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	4, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	4, 28 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	6, 29 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung	7, 31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	9, 31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	11, 33 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	12, 34 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	14, 38 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen	15, 39 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie	16, 39 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft	40 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	17, 40 *)

*) Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien**Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern**

1. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU)
Ist der Bundesregierung bekannt, ob – wie in der Presse gemeldet (Trierischer Volksfreund vom 3. April 1979) – in dem geplanten Kernkraftwerk Cattenom amerikanische Druckwasserreaktoren eingebaut werden sollen, die weder in England noch in der Bundesrepublik Deutschland zugelassen sind, weil sie sicherheitstechnische Mängel haben, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?
2. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU)
Was gedenkt die Bundesregierung vor dem Hintergrund des Reaktorunfalls in Harrisburg (USA) zu tun, um zu erreichen, daß in Cattenom nur Reaktoren gebaut werden dürfen, die ein großes Maß an Sicherheit gewährleisten und die zumindest den deutschen Sicherheitsbestimmungen entsprechen?
3. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
Sind bei der Sicherheitsplanung der Atomkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland Störfälle, wie sie in Harrisburg aufgetreten sind, berücksichtigt worden?
4. Abgeordneter
Menzel
(SPD)
Wird die Bundesregierung Konsequenzen – und gegebenenfalls welche – hinsichtlich im Bau und im Betrieb befindlicher Kernkraftwerke sowie hinsichtlich späterer Antragsverfahren aus den Vorfällen in Pennsylvania ziehen?
5. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch nach der amerikanischen Risikostudie, Rassmussen-Report, die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten jenes Störfalles war, der sich im Atomreaktor „Three Mile Island“ bei Harrisburg im US-Staat Pennsylvania ereignet hat, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
6. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD)
Sind bei diesem Störfall die international zulässigen Strahlenschutzwerte überschritten worden, und sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit gegeben, für ihre Reaktorsicherheitsphilosophie Konsequenzen aus diesem Störfall zu ziehen?
7. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
Welche Überlegungen verfolgt die Bundesregierung mit ihrer laut Presseberichten nach dem Störfall im Kernkraftwerk Three Mile Island gefaßten Absicht, neben der Reaktorsicherheitskommission ein weiteres Expertengremium zur kerntechnischen Beratung einzurichten?
8. Abgeordnete
Frau von Bothmer
(SPD)
Wie nimmt die Bundesregierung zu den in der Presse vielfach wiedergegebenen Versicherungen hochrangiger Fachleute Stellung, ein ähnlicher „Betriebsunfall“ wie in Harrisburg sei an Reaktoren in der Bundesrepublik Deutschland undenkbar?
9. Abgeordneter
Schwarz
(CDU/CSU)
Welche im Betrieb, im Bau und in der Planung befindlichen Kernkraftwerke in der Bundesrepublik Deutschland sind vom Typ und der Sicherheitskonzeption her weitgehend mit dem Unglücksreaktor in Harrisburg vergleichbar, und trifft es insbesondere zu, daß das in Mülheim-Kärlich im Bau befindliche Kernkraftwerk weitgehend mit dem Unglücksreaktor in Harrisburg identisch ist?

- | | |
|---|--|
| 10. Abgeordneter
Schwarz
(CDU/CSU) | Welche Sicherheitsvorkehrungen sind getroffen worden, um auszuschließen, daß Schäden annähernd gleichen Ausmaßes eintreten wie in Harrisburg? |
| 11. Abgeordnete
Frau Verhülsdonk
(CDU/CSU) | Treffen Meldungen der Illustrierten „Stern“ zu, wonach im Reaktordruckbehälter in Mülheim-Kärlich eine Reihe von Materialfehlern gefunden worden sein sollen und bis zu 2,20 m lange Risse hätten ausgedreht und neu zugeschweißt werden müssen, wobei die Erhaltung der Materialqualität nicht an jeder Stelle möglich gewesen sei, und wann wird nach dem derzeitigen Stand der Planungen das Kernkraftwerk in Mülheim-Kärlich endgültig in Betrieb genommen werden? |
| 12. Abgeordnete
Frau Verhülsdonk
(CDU/CSU) | Wieviel Teilerrichtungsgenehmigungen sind noch zu erteilen, und wann ist mit ihrer Erteilung zu rechnen? |
| 13. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder so zu ändern, daß Herabsetzungen der Versorgungsleistungen, insbesondere auch im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme der flexiblen Altersgrenze, vermieden werden? |
| 14. Abgeordneter
Erhard (Bad Schwalbach)
(CDU/CSU) | Ist es zutreffend, daß im Bericht einer im Bundesinnenministerium eingesetzten Prüfgruppe Verstöße gegen Datenschutzbestimmungen durch den Grenzschutz-einzeldienst bei der Behandlung der in seinen Fahndungsarchiven und Karteien gesammelten Personalangaben festgestellt wurden, und wenn ja, welche Verstöße wurden ermittelt? |
| 15. Abgeordneter
Erhard (Bad Schwalbach)
(CDU/CSU) | Hat der Bundesinnenminister von seiner Fachaufsicht Gebrauch gemacht und Richtlinien, Erlasse, Durchführungsbestimmungen oder vergleichbare andere Anweisungen erlassen, um die Anwendung des Bundesdatenschutzgesetzes im Grenzschutz-einzeldienst einerseits und die Gewährleistung der Belange der inneren Sicherheit andererseits sicherzustellen, und wenn ja, welche Anordnungen sind konkret getroffen worden? |
| 16. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) | Welche kartographische Darstellung von Deutschland in den Grenzen von 1937 entspricht nach Auffassung der Bundesregierung den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 und 7. Juli 1975? |
| 17. Abgeordneter
Löffler
(SPD) | Wieviel Arbeitsstunden mußten in den Ministerien aufgewendet werden, um die Antwort (Drucksache 8/2679) auf eine kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (8/2572) zu erstellen? |
| 18. Abgeordneter
Löffler
(SPD) | Kann angegeben werden, was das gekostet hat? |
| 19. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) | Hat Staatssekretär Dr. Hartkopf in einem Vortrag vor der Technischen Universität in Berlin am 21. März 1979 die Auffassung geäußert, daß der Vorschlag des Bundesrats, die Vermutung der Unschädlichkeit gewisser Immissionswerte bei der Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes auf das ganze Bundesgebiet anzuwenden, zu einem |

„ökologischen Morgenthauplan“ führe, der die „Luftbelastung des Ruhrgebiets zum Maßstab für die gesamte Bundesrepublik“ mache und „schlicht verfassungswidrig“ sei, und falls ja, teilt die Bundesregierung diese Auffassung, und hält sie Maßnahmen, die außerhalb von Ballungsgebieten zu Luftbelastungen führen, grundsätzlich für rechtlich undurchführbar?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

20. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU) Wieviel Steuervordrucke und Vordruckmuster sind zur Zeit bundeseinheitlich oder werden in der Gestaltung von Bundesbehörden koordiniert, und bei welchen dieser Vordrucke ist die amtliche Gestaltung bundesrechtlich (gesetzlich oder durch Rechtsverordnung) vorgeschrieben?
21. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) Hat die Bundesregierung durch die zuständigen Länderfinanzverwaltungen inzwischen einen Überblick über die Ermittlungsverfahren wegen mißbräuchlicher Erschleichung der zwischen Dezember 1974 und Juni 1975 gewährten konjunkturpolitischen Investitionszulage erhalten bzw. sich um einen derartigen Bericht bemüht, und welche Schlußfolgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?
22. Abgeordnete
Frau Dr. Hartenstein
(SPD) Hat die Bundesregierung darauf Einfluß genommen, daß das Deutsche Atomforum e. V. den Status der Gemeinnützigkeit erhalten hat?
23. Abgeordneter
Dr. Kunz (Weiden)
(CDU/CSU) Wie hoch waren die geschätzten Steuerausfälle durch die gesetzeswidrige Verwendung von Heizöl für Dieselmotoren in der Bundesrepublik Deutschland, und wie hoch sind die Kosten für das Färben des Heizöls jährlich?
24. Abgeordneter
Dr. Müller
(CDU/CSU) Worauf ist der Umstand, daß die Zahl der Streichhölzer in den Schachteln des Zündwarenmonopols um 20 v. H. verringert wurde, zurückzuführen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

25. Abgeordneter
Dr. Kunz (Weiden)
(CDU/CSU) In welcher Form gedenkt die Bundesregierung, die die Wirtschaftlichkeit von Firmen beeinträchtigende Überforderung durch die öffentliche Verwaltung zu entschädigen, bzw. was gedenkt sie gegen diese wachsende Belastung zu unternehmen, wie sie z. B. im Beschluß des Kartellamts der 6. Beschlußabteilung (B 6 – 7122068 – U – 26/79 vom 5. März 1979) zum Ausdruck kommt, wonach ohne Vergütung des Zeitaufwands, der mit diesem Beschluß für die betroffenen Firmen verbunden ist, eine Unzahl von Fragen gestellt werden, deren Beantwortung die Führungskräfte der Betriebe tagelang in Anspruch nimmt?

- | | |
|--|--|
| 26. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) | Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung den Torfvorräten in der Bundesrepublik Deutschland bei, und wie soll der Zielkonflikt zwischen wirtschaftlicher Nutzung und Schutz der Natur und Tierwelt gelöst werden? |
| 27. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) | Gedenkt die Bundesregierung, die EG-Kommission in Brüssel zu ermuntern, in direkten Verhandlungen mit den Ölförderländern und der OPEC zu versuchen, die Ölversorgung des gemeinsamen Markts mit ausreichenden Mengen und zu angemessenen Bedingungen vertraglich abzusichern? |
| 28. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD) | Was hält die Bundesregierung für nötig und was wird sie selbst tun, um ihre Ankündigung in der zweiten Fortschreibung des Energieprogramms vom Dezember 1977, „unverzüglich“ eine höhere Belastung der Inlandsförderung in Angriff zu nehmen, jetzt auch zu realisieren? |
| 29. Abgeordneter
Reuschenbach
(SPD) | Haben — wie der SPD-Pressedienst „Wirtschaft“ vom 20. März 1979 meldete — die zuständigen Bundesminister Matthöfer und Dr. Graf Lambsdorff den Plan begraben, die „Windfall-Profits“ der aus den inländischen Ölquellen fördernden Unternehmen durch eine bundeseinheitliche Regelung abzuschöpfen? |
| 30. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) | Trifft es zu, daß die Bundesregierung ihre Pläne, die „Windfall-Profits“ der aus den inländischen Ölquellen fördernden Unternehmen durch eine bundeseinheitliche Regelung abzuschöpfen, aufgegeben hat, und welches waren gegebenenfalls die Gründe dafür? |
| 31. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) | Beabsichtigt die Bundesregierung aus energiepolitischen Gründen eine Besteuerung der deutschen „Windfall-profits“? |
| 32. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die steuerliche Abschöpfung der „Windfall-profits“ nicht dazu beiträgt, die Preise für Benzin und andere Mineralölprodukte zu senken oder weitere Preiserhöhungen zu verhindern? |
| 33. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-Glotz
(SPD) | In welchem Ausmaß wird die vom Bundeswirtschaftsministerium angeregte Produktinformation in Form von gelben Etiketten den Verbrauchern vom Handel angeboten, und welche Maßnahmen werden von der Bundesregierung geplant, um eine verbreitete Nutzung der Produktinformation, insbesondere über den Energieverbrauch von elektrischen Geräten, zu erreichen? |
| 34. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) | Welchen gesellschaftspolitischen Sinn und Wert sieht die Bundesregierung in der heutigen Zeit beim Meistertitel im Handwerk? |
| 35. Abgeordneter
Dr. Spöri
(SPD) | Welche Stellung bezieht die Bundesregierung zu den Vorwürfen des baden-württembergischen Wirtschaftsministers Eberle, nachdem „der Bund mit seinem verstärkten mittelstandspolitischen Engagement insbesondere auf dem Gebiet der Förderung von Existenzgründungen sowohl gegen die Verwaltungskompetenz als auch gegen die Finanzierungskompetenz der Länder“ verstoße und „Bestimmungen des Grundgesetzes umgehe“? |

36. Abgeordneter
Dr. Linde
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Verhandlungen der Europäischen Gemeinschaft mit der Volksrepublik China über den Abschluß eines Textilabkommens, das für die Bundesrepublik Deutschland eine Aufstockung der Kontingente bei Baumwollgewebe von 900 t auf 7 250 t, bei Hemden von 400 000 auf 1,5 Millionen Stück und bei Pullovern von 420 000 auf 3 Millionen Stück vorsehen soll, und welche Auswirkungen hat das auf die Sicherheit von Arbeitsplätzen in der Textil- und Bekleidungsindustrie?
37. Abgeordneter
Dr. Linde
(SPD) Hat das Welttextilabkommen nach Auffassung der Bundesregierung eine Stabilisierung des Textilmarkts bewirkt, und welche Folgen würde eine Sondervereinbarung mit der Volksrepublik China haben auch im Hinblick auf mögliche weitere Sonderwünsche nach höheren Exportquoten etwa aus Hongkong, Taiwan, Macao oder Singapur?
38. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß deutsche Firmen Material an pakistanische Stellen geliefert haben, das auch zur Konstruktion einer Gaszentrifugenanlage zur Urananreicherung, in der Material zur Kernwaffenproduktion erzeugt werden kann, verwendbar ist, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um den Export derartiger Güter zu kontrollieren?
39. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob ein bundesdeutsches Unternehmen, das in der Bundesrepublik Deutschland Munition produziert, nach Südafrika Produktionsanlagen oder Pläne für Produktionsanlagen zur Herstellung von Munition zu exportieren beabsichtigt, und wie wird die Bundesregierung gegebenenfalls auf solche Absichten reagieren?
40. Abgeordneter
Thüsing
(SPD) Trifft es zu, daß die Bundesregierung für Lieferungen bundesrepublikanischer Firmen an den Iran Hermes-Bürgschaften in Höhe von 8 Milliarden Mark übernommen hat, und haben Firmen seit dem Umsturz im Iran für entgangene Geschäfte bereits Ausfallbürgschaften beantragt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

41. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für eine Umgehung der Vermarktungsnormen und für eine Irreführung der Verbraucher, wenn beispielsweise auf Eierkleinpackungen der Name einer deutschen Firma steht, die Eier jedoch in Holland abgepackt worden sind, bzw. glaubt die Bundesregierung in diesem Fall an eine Täuschung des Verbrauchers, der kaum wissen kann, daß lediglich anhand der Kennnummern zu erkennen ist, aus welchem Land diese Eier kommen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

42. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Vorschläge der EG-Kommission, selbständige Handelsunternehmen auf dem Verordnungswege vom Import von Fleisch zur Verarbeitung im Rahmen der sog. Bilanzregelung auszuschließen, gegen die Grundsätze von Gleichheit und Gewerbefreiheit verstoßen und unter Einsatz aller verfügbaren Mittel abgewendet werden müssen, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus?
43. Abgeordneter
Schedl
(CDU/CSU)
- Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, damit selbständige Unternehmen des Groß- und Außenhandels weiterhin die Möglichkeit haben, in eigener Verantwortlichkeit kleinere und mittlere Industriebetriebe, die nicht die vielfältigen Aufgaben des Handels mit Interventionsfleisch und des Drittlandimports bewältigen können, mit Fleisch zur Verarbeitung im Rahmen der Bilanzregelung zu beliefern, und ist die Bundesregierung bereit, eine Änderung der Verordnung (EWG) des Rats Nr. 805/68 zu veranlassen, damit die Gewerbefreiheit für mittelständische Groß- und Außenhandelsunternehmen in diesem Bereich gewährleistet bleibt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

44. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD)
- Auf Grund welcher Vorschriften können zunehmend Kioske und Kleingeschäfte, die nicht in der Nähe von Bahnhöfen und Flugplätzen liegen, am Abend, in der Nacht und an Sonn- und Feiertagen außerhalb der gesetzlichen Ladenschlußzeiten Waren (vor allem Getränke, Lebensmittel und kleine Gegenstände des täglichen Bedarfs) verkaufen, und wie stellt sich die Bundesregierung zur in allen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland allgemein zu beobachtenden Duldung solcher Geschäfte?
45. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den zunehmend üblich werdenden Verkauf von Waren, die nicht unter § 6 Abs. 2 des Ladenschlußgesetzes fallen (z. B. Zigaretten, Schokolade, Süßigkeiten, Kaugummi, Alkoholika, Bier und andere Nahrungsmittel, Radiocassetten), durch Tankstellen während der allgemeinen Ladenschlußzeiten gem. § 3 Abs. 1 des Ladenschlußgesetzes, und kann dies als „Abgabe von Reisebedarf an Reisende“ analog etwa zu § 9 Abs. 2 ausgelegt und geduldet werden?
46. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, das Ladenschlußgesetz dahin gehend zu ändern, daß die Abgabe von Waren außerhalb der geltenden Ladenöffnungszeiten (z. B. durch Tankstellen oder auch durch Kioske oder Kleinverkaufsstellen) legalisiert wird?
47. Abgeordneter
Sieler
(SPD)
- Befürchtet die Bundesregierung, daß die Empfehlung der „Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen“ über Veränderungen in der Abrechnung ärztlicher und zahnärztlicher Leistungen zu erheblichen Kostenfolgen führt, die mit einer Zunahme von mindestens 8,5 v. H. im nächsten Jahr anzusetzen ist?

48. Abgeordneter
Sieler
(SPD) Sieht die Bundesregierung ihre Grundsätze und die im Kostendämpfungsgesetz festgelegten Ziele, den Kostenanstieg im Gesundheitswesen in Grenzen zu halten, gefährdet, und welche Gestaltungsräume der Selbstverwaltung in der gesetzlichen Sozialversicherung und der Anbieter von Leistungen im Gesundheitswesen sollten und könnten zur Eingrenzung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen noch genutzt werden?
49. Abgeordneter
Schirmer
(SPD) Wie viele Zivildienstleistende sind in den Bereichen des Sports mit welchen besonderen Aufgaben und Ergebnissen tätig?
50. Abgeordneter
Schirmer
(SPD) Beabsichtigt die Bundesregierung, auf der Grundlage vorliegender Erfahrungen und Ergebnisse die für Zivildienstleistende angemessenen Möglichkeiten in den Sportorganisationen besonders zugunsten der Rehabilitation, der Betreuung von Kindern, Behinderten und alten Menschen fortzusetzen und auszuweiten?
51. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die zur Zeit noch geltenden Beschäftigungsverbote für Frauen aus Gründen der Gleichberechtigung von Mann und Frau aufgehoben oder mindestens gelockert werden müßten?
52. Abgeordneter
Müller
(Berlin)
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung die Aufrechterhaltung der Vorschriften des § 19 Abs. 1 der Arbeitszeitordnung, wonach Arbeiterinnen nicht in der Nachtzeit von 20 Uhr bis 6 Uhr und an den Tagen vor Sonn- und Feiertagen nicht nach 17 Uhr beschäftigt werden dürfen, für nicht mehr zumutbar oder aus gesundheitspolitischen Gründen nach wie vor für berechtigt?
53. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für sinnvoll, daß Versorgungsämter und Verwaltungsgerichte bei der Berechnung der „häuslichen Ersparnis“ bei Erholungsaufenthalten von Kriegerwitwen nach § 27 a des Bundesversorgungsgesetzes Erwägungen über die Kosten des täglichen Nachmittagskaffees mit einem Stück Kuchen, des Friseurbesuchs, der Kurtaxe und des Verbrauchs von Seife anstellen, und wie gedenkt sie einem derartigen Bürokratismus Einhalt zu gebieten?
54. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU) Hat das Bundesamt für den Zivildienst eine derart unzureichende Vorausschau auf die Zahl der zum Einsatz kommenden Zivildienstleistenden und deren Einsatzmöglichkeit, daß das Amt anerkannte Beschäftigungsstellen noch im Herbst 1978 gedrängt hat, eine große Anzahl von Zivildienstleistenden zusätzlich aufzunehmen, während es dann schon im Frühjahr 1979 sogar die bis dahin beschäftigt gewesene Zahl nicht mehr zuweisen konnte, und wenn ja, warum?
55. Abgeordneter
**Dr. Freiherr
Spies von
Büllesheim**
(CDU/CSU) Ist es richtig, daß das Bundesamt Beschäftigungsstellen aufgefordert hat, selbst um Zivildienstleistende zu werben und ihnen anheim stellt, sich dazu vorbereitend die Anschriften von Kriegsdienstverweigerern örtlich bei Gemeinden, Pfarrämtern und Schulen zu beschaffen, und wenn ja, wird diese Praxis gebilligt oder sogar als Zeichen guter Arbeit des Bundesamts gewertet?

56. Abgeordnete
**Frau
Matthäus-Maier**
(FDP)
- Welche Gründe macht die Bundesregierung für eine Beibehaltung des § 2 Abs. 2 der Verordnung über die Beschäftigung von Frauen auf Fahrzeugen vom 2. Dezember 1971 geltend, nach der als Fahrzeugführer tätige weibliche Arbeitnehmer sich im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen alle 18 Monate einer ärztlichen Untersuchung unterziehen müssen, ohne die sie von ihrem Arbeitgeber nicht weiterbeschäftigt werden dürfen?
57. Abgeordnete
**Frau
Matthäus-Maier**
(FDP)
- Folgt die Bundesregierung der Ansicht, daß die allgemeinen gesetzlichen Regelungen für das Fahrpersonal in Verbindung mit den speziellen Vorschriften des Mutterschutzgesetzes voll ausreichen und dementsprechend § 2 Abs. 2 der o. a. Verordnung, der im übrigen von vielen Fahrerinnen im Personenverkehr als diskriminierend empfunden wird, abgeschafft werden kann?
58. Abgeordneter
Horstmeier
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es für angemessen, daß Auszubildende in der Landwirtschaft, die eine Fremdlehre ableisten (meistens nur für ein Jahr), von der landwirtschaftlichen Krankenversicherung in die Allgemeine Ortskrankenkasse überwechseln müssen, und wenn nein, welche Regelungen schlägt sie vor?
59. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung mit Rücksicht darauf, daß in den letzten Jahren bei wissenschaftlichen Untersuchungsreihen auch Unterleibkrebs bei jüngeren Frauen gefunden wurde, bereit, durch Änderung des § 181 Abs. 1 Nr. 2 RVO die gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen, daß auch Frauen unter 30 Jahren an der gesetzlich eingeführten Untersuchung zur Früherkennung von Krebserkrankungen teilnehmen können?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

60. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Entsprechen Gliederung und Organisationsprinzip der Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR dem militärischer Einheiten?
61. Abgeordneter
Lintner
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Stoffplan der letzten Ausbildungsperiode der Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR, und worin sieht die Bundesregierung die Schwerpunkte dieser Ausbildungsperiode?
62. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Welche Stellung mißt die Bundesregierung den Kampfgruppen als Bestandteil der sozialistischen Landesverteidigung innerhalb der Kräfte des Warschauer Pakts zu?

63. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung auf Grund der unlängst bekannt gewordenen Äußerungen des DDR-Verteidigungsministers Armeegeneral Hoffmann zur Bedeutung der Kampfgruppen den Darlegungen des Generalmajors Leube, der offen vom „operativen Einsatz der Kampfgruppen“ spricht, sowie der Veröffentlichungen von Generaloberst Scheibe, dem Leiter der Abteilung Sicherheit beim ZK der SED, zu diesem Thema eine neue Lagebeurteilung ange stellt, und zu welchem Ergebnis kommt sie gegebenenfalls dabei?
64. Abgeordneter
Schmöle
(CDU/CSU)
- Entspricht der Aufbau der rückwärtigen Dienste der Kampfgruppen der Arbeiterklasse in der DDR dem logistischen System der Nationalen Volksarmee, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
65. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Welche Lernziele hat die Zentrale Schule für Kampfgruppen in der DDR bei der ideologischen Indoktrinierung, und welche Ausbildungsgebiete und Ziele haben die Waffenschulen der Kampfgruppen?
66. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU)
- Muß die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland damit rechnen, daß in einem Verteidigungsfall Einheiten der Kampfgruppen auf ihrem Territorium eingesetzt werden – eventuell zur Sicherung der Operationsfreiheit der Warschauer-Pakt-Streitkräfte oder als Sonderkommandos?
67. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung es für einen geeigneten Schritt zum Abbau des sogenannten Verwendungs- und Beförderungsstaus in der Dienstgradgruppe der Feldwebel bis Hauptfeldwebel, wenn gegenwärtig in neuen Stellenplanentwürfen für die Gerätedepots C 1 nach dem Wegfall der Stelle eines S 2-Feldwebels (mit einem Hauptfeldwebel besetzt) auch noch die Stelle des S 3-Feldwebels vom Hauptfeldwebel auf Feldwebel/Oberfeldwebel herabdotiert werden soll, oder wird diese Stellenkürzung nicht vielmehr zu einer Verschärfung des angesprochenen Problems führen?
68. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU)
- Sind bei der Luftlandetruppe die Übungsmöglichkeiten bei Fallschirmabsprüngen jetzt stark eingeschränkt worden, obwohl gerade die sich freiwillig zur Luftlandetruppe meldenden Soldaten und Wehrpflichtigen diese Übungen unbedingt benötigen, um auf den Höchststand der Einsatzbereitschaft und des Leistungsvermögens auch weiterhin zu bleiben, und wenn ja, warum?
69. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU)
- Inwieweit ist der Bundesverteidigungsminister bereit, die im Jahresbericht des Wehrbeauftragten 1978 angeführte Kritik über „fehlerhaftes Führungsverhalten und Disziplinslosigkeit durch Trunksucht“ anzuerkennen, und welche konkreten Vorschläge macht der Bundesverteidigungsminister im Falle einer Anerkennung der Kritik, die elementaren Bestandteile einer Armee, nämlich vorbildliches Verhalten der militärischen Führer und Disziplin, wieder herzustellen?

70. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Verbündeten bei den letzten Manövern auf Grund der Äußerungen des Generalmajors Bastian Konsequenzen im Hinblick auf Kommandostrukturen gezogen haben, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Jugend, Familie und Gesundheit**

71. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung aus der Erkenntnis, daß nur die cis-Form mehrfach-ungesättigter Fettsäuren den Blutcholesterinspiegel senkt, der Margarineindustrie zur Auflage zu machen, auf das Vorhandensein der cis-Form hinzuweisen, um dem Verbraucherkreis, der bislang mit dem aus dem Verkehr gezogenen Arzneimittel Clofibrat behandelt wurde, eine Alternativmöglichkeit zur Erhaltung seiner Gesundheit zu geben?
72. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Jahr 1978 alle zwei Wochen ein Kind beim Spielen mit Plastiktüten durch Ersticken ums Leben kam, und wird die Bundesregierung darauf hinwirken, daß künftig alle Plastiktragetüten mit feinen Löchern und mit der Aufschrift „Vorsicht Erstickungsgefahr“ versehen werden, um zu erreichen, daß diese in Zukunft sich nicht mehr als „Todesfalle“ für Kleinkinder auswirken?
73. Abgeordnete
**Frau
Erler**
(SPD)
- Welche Folgerungen hat die Bundesregierung aus der Tatsache gezogen, daß in der Frauenmilch so hohe Rückstände an chlorierten Kohlenwasserstoffen enthalten sind, daß die damit dem Säugling zugeführten Mengen den vom FAO/WHO-Expertenkomitee festgesetzten Wert für die duldbare tägliche Aufnahmemenge für den erwachsenen Menschen bereits wesentlich überschreiten?
74. Abgeordnete
**Frau
Erler**
(SPD)
- Ist beabsichtigt, weitere Forschungsvorhaben zu fördern bzw. zu intensivieren, um der toxikologischen Beurteilung anhand umfangreicherer Befunde eine besser fundierte Grundlage geben zu können, und um Empfehlungen aussprechen zu können, wie die Ursachen für die gesundheitsschädlichen Rückstände in der Frauenmilch ausgeschaltet werden können?
75. Abgeordnete
**Frau
von Bothmer**
(SPD)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis davon genommen, daß in den USA kürzlich ein verstärktes Auftreten von Krebserkrankungen im Umfeld von Betriebsanlagen, in denen radioaktives Material hergestellt, verwertet oder vernichtet wird, wissenschaftlich nachgewiesen worden ist, und beabsichtigt sie, ähnliche Untersuchungen zu dieser Problematik in der Bundesrepublik durchzuführen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

76. Abgeordneter
Dr. Corterier
(SPD) Wird die Karlsruher Eurocontrol-Zentrale bei einer weiteren Nationalisierung 1981 nicht mehr betriebsfähig sein?
77. Abgeordneter
Dr. Corterier
(SPD) Wie sieht die Bundesregierung die Zukunft der Karlsruher Eurocontrol-Zentrale nach dem Auslaufen der Eurocontrol-Konvention im Jahr 1983?
78. Abgeordneter
Eickmeyer
(SPD) Sind die Informationen zutreffend, nach denen das Bundesverkehrsministerium mit dem Auftrag an die VTG-Reederei, die Lotsenversetzschiffe für die neu einzurichtende Versetzstation Helgoland zu stellen, in Kauf nimmt, daß die Billigflagge Liberia, unter der diese Schiffe jetzt fahren sollen, mit erheblichen Beeinträchtigungen für Lotsen und Schiffsbesatzung verbunden ist?
79. Abgeordneter
Eickmeyer
(SPD) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, verstärkt auf die Lotsbetriebsvereine für die neue Versetzstation Helgoland zurückzugreifen?
80. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß nach dem für dieses Jahr vorgesehenen Abschluß der Bauarbeiten an der sogenannten Kleinen Umgehung mit Überführungsbauwerk in Karlstadt-Nord im Zug der B 26/27 die überörtlichen Verkehrsprobleme in Karlstadt gelöst und damit eine weitere große Umgehung, die planerisch fixiert ist und die bauliche Entwicklung der Kreisstadt Karlstadt schon jetzt behindert, nicht mehr notwendig ist?
81. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, gegebenenfalls die bisher geforderten Planungen dieser großen Umgehung östlich von Karlstadt aufzuheben und entsprechende Schritte zu veranlassen?
82. Abgeordneter
Merker
(FDP) Worin besteht nach Meinung der Bundesregierung die Erhöhung der Verkehrssicherheit bei Installation einer Lichtzeichenanlage an plangleichen Bahnübergängen gegenüber einer handbetriebenen Schranke, die unter der optischen Bewachung des Schrankenwärters steht?
83. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD) Welche Initiativen hat oder wird die Bundesregierung, gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit internationalen bzw. europäischen Gremien, ergreifen, um weiteres Vogelsterben, insbesondere in der Nordsee, auf Grund von sich wieder vermehrendem „Ölteppich“ zu verhindern?

84. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) Welche zeitliche Vorstellung besteht bei der Bundesregierung für die Verwirklichung der geplanten Bundesautobahn A 26 von Hamburg über Buxtehude und Stade nach Himmelpforten und weiter bis Cuxhaven?
85. Abgeordneter
Gärtner
(FDP) Hält die Bundesregierung es für richtig, daß die Deutsche Bundespost eigenverantwortlich darüber entscheidet, welche Rundfunk- und Fernsehprogramme sie in von ihr verkabelten Gebieten in das jeweilige Breitbandnetz einspeist?
86. Abgeordneter
Gärtner
(FDP) Nach welchen Kriterien werden die jeweiligen Programme ausgesucht, und womit wird begründet, daß — wie z. B. in Düsseldorf geplant — auch Programme ausländischer kommerzieller Sender in die Kabelverteilanlagen eingegeben werden?
87. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß auf Grund der Festsetzung des Personalhaushalts des Bundespostministeriums auf 450 000 Arbeitskräfte zusätzlich erhebliche Überstunden anfallen und der vorhandene Überstundenberg nicht abgebaut werden kann, sowie ausgebildete Fernmeldehandwerker ab Herbst 1979 keinen ausbildungsgerechten Arbeitsplatz erhalten, obwohl Arbeitsplätze im Fernmeldewesen vorhanden sind, und Schulabgänger, insbesondere weibliche Bewerber, soweit sie noch keine Einstellungszusage haben, grundsätzlich nicht für den mittleren Fernmeldedienst eingestellt werden dürfen, obwohl teilweise ein dringender Personalbedarf besteht?
88. Abgeordneter
Dr. Schulte
(Schwäbisch Gmünd)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Gebühren für die Funkgeräte von den Not- und Hilfsdiensten zu übernehmen?
89. Abgeordneter
Reichhold
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, den auf Grund des Haushaltsstrukturgesetzes von 1975 gestrichenen Fahrkostenzuschuß für Beschäftigte im Bereich der Deutschen Bundespost wieder einzuführen, sofern die vereinbarte Besitzstandswahrung zwischenzeitlich durch Lohnerhöhungen aufgezehrt wurde und vor allem Briefträgern und Schichtdienstbeschäftigten ein finanzieller Nachteil von 50 DM bis 150 DM entstanden ist?
90. Abgeordneter
Dr. Dübber
(SPD) Kennt die Bundesregierung die Praxis der US-Postverwaltung, mit „Federal Republic of Germany“ adressierte Sendungen mit einem Stempel „Mail must be addressed as East or West Germany“ an den amerikanischen Absender zurückzuschicken, und ist sie bereit, mit der amerikanischen Regierung dahin gehend zu verhandeln, daß dies künftig unterbleibt?
91. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei der Deutschen Bundespost allein im gehobenen Dienst gegenüber dem Ergebnis der Personalbemessung annähernd 4000 Kräfte fehlen, und was gedenkt sie zu unternehmen, um im Hinblick auf die Arbeitsmarktsituation diesen Fehlbestand abzubauen (es handelt sich um Arbeitsplätze für Abiturienten, grad. Betriebswirte, grad. Ingenieure der Bereiche Elektrotechnik, Maschinenbau, Verwaltung und Wirtschaft)?

92. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die durch den Fehlbestand (rund 12 v. H.) entstandene ständige Überlastung der vorhandenen Beamten zu beseitigen und den sich ergebenden Beförderungsnachteilen für die vorhandenen Beamten entgegenzutreten, die dadurch entstehen, daß die für die fehlenden Beamten erforderlichen Planstellen im Stellenplan nicht eingebracht sind?
93. Abgeordneter
Dr. Meyer
zu Bentrup
(CDU/CSU)
- Wie versteht sich nach Ansicht der Bundesregierung die vom 17. April für das kommende Jahr in Aussicht gestellte weitere Senkung der Telefongebühren und Gebühren für Zusatzapparate mit der zum 1. April 1979 in Kraft getretenen Erhöhung der Gebühren für Nebenstellenanlagen?
94. Abgeordneter
Dr. Meyer
zu Bentrup
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Anhebung besonders dieser Gebühren nicht in erster Linie auf eigenen betriebswirtschaftlichen Notwendigkeiten beruht, sondern vielmehr auf entsprechende Vorstellungen und Wünsche einzelner privater Wirtschaftsunternehmen zurückzuführen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

95. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse, wonach – wie das DIW Berlin annimmt – zur Zeit die Marktmieten soweit unter den Kostenmieten liegen, daß ca. 15 Jahre notwendig sind, um die Kostenmieten erzielen zu können und daß weitere zehn Jahre notwendig sind, um die Differenz der ersten 15 Jahre auszugleichen?
96. Abgeordneter
Kolb
(CDU/CSU)
- Wenn ja, welche steuerlichen Möglichkeiten will die Bundesregierung ergreifen, um den frei finanzierten Wohnungsbau für Investoren (Versicherungen, Hypothekenbanken u. a.) wieder attraktiv zu machen?
97. Abgeordneter
Francke
(Hamburg)
(CDU/CSU)
- Wie vereinbart der Bundeswohnungsbauminister seine Aussage, Auswirkungen des Zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetzes auf das Investitionsverhalten im freifinanzierten Wohnungsbau seien nicht nachzuweisen, mit der Aussage im Erfahrungsbericht zum Zweiten Wohnraumkündigungsschutzgesetz, Befragungen von Vermietern hätten ergeben, daß ein Teil von ihnen weitere Investitionen von Verbesserungen der mietrechtlichen Rahmenbedingungen abhängig mache?
98. Abgeordneter
Francke
(Hamburg)
(CDU/CSU)
- Wie ist der Stand der Arbeiten des Bundeswohnungsbauministers an dem von ihm vorzulegenden Bericht über die steuerlichen Nachteile nichtgemeinnütziger Wohnungsunternehmen bei der Veräußerung von Mietwohnungen?
99. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung auf Grund der sich zuspitzenden Lage in der Energieversorgung bereit, Sparmaßnahmen auch dadurch zu unterstützen, daß beispielsweise die Kosten für die Beheizung von Wohnungen nicht mehr pauschal auf Grund der Quadratmeterzahl sondern nach dem individuellen Verbrauch bemessen werden?

- | | |
|--|---|
| 100. Abgeordneter
Conradi
(SPD) | Erwartet die Bundesregierung aus dem Bundeswettbewerb „Wohnen in der städtebaulichen Verdichtung“ zukunftsweisende Projekte, wenn die Länder festlegen, daß sie Projekte aus diesem Wettbewerb nur fördern werden, wenn diese den Vorschriften des sozialen Wohnungsbaus entsprechen, und damit neue Wohnformen, die Alternativen zum Wohnen im Eigenheim auf dem Lande darstellen könnten, von vornherein erschweren? |
| 101. Abgeordneter
Conradi
(SPD) | Ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, den Ländern zu empfehlen, bei der Förderung von Projekten aus dem Bundeswettbewerb „Wohnen in der städtebaulichen Verdichtung“ die Vorschriften des Zweiten Wohnungsbaugesetzes nur als Anhaltspunkte zu verstehen und Abweichungen, z. B. geringere Ausbaustandards zugunsten größerer Wohnflächen und besserer Gestaltungsmöglichkeiten der Bewohner, zuzulassen? |
| 102. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU) | Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung über die Neubewertung des Grundbesitzes, und in welcher Zeit beabsichtigt sie, diese zu realisieren? |
| 103. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, das im Auftrag des Bundesbauministers vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung erstattete Gutachten „Verteilungswirkungen des Förderungssystems für den sozialen Wohnungsbau“ – zitiert bereits im Wochenbericht 1–2/79 des DIW vom 11. Januar 1979 – den Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf Wunsch zugänglich zu machen, und bis zu welchem Zeitpunkt kann dies gegebenenfalls geschehen? |
| 104. Abgeordneter
Dr. Jahn
(Münster)
(CDU/CSU) | Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit dem Stadthaus gemacht, und ist ihr bekannt, wieviel dieser Stadthäuser zwischenzeitlich zu welchen Kosten errichtet worden sind? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

- | | |
|--|---|
| 105. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung in der neuerlichen schweren Behinderung der Arbeitsmöglichkeiten von westlichen Journalisten in der DDR einen Verstoß gegen den Grundlagenvertrag und die Schlußakte von Helsinki? |
| 106. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung angesichts der ständigen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für Journalisten aus der Bundesrepublik Deutschland in der DDR zu ergreifen, und ist sie bereit, auch wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen in ihre Überlegungen einzubeziehen? |
| 107. Abgeordneter
Baron
von Wrangel
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß der Briefwechsel über Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten im Rahmen des Grundlagenvertrags einer Verbesserung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland dienen sollte, und wie bewertet sie die tatsächliche Entwicklung, die gekennzeichnet wird durch den Erlaß der Journalisten-Verordnung vom 21. Februar 1973, durch |

- wiederholte Verwarnungen und Ausweisungen von Journalisten, durch die Schließung des Spiegel-Büros und durch die neueste drastische Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten von westlichen Journalisten?
108. Abgeordneter
**Baron
von Wrangel**
(CDU/CSU)
- Wertet die Bundesregierung den neuesten Journalisten-Erlaß der DDR als einen schweren Verstoß gegen das im Briefwechsel über Arbeitsmöglichkeiten für Journalisten verbrieft „Recht zur Ausübung der beruflichen Tätigkeit und der freien Information und Berichterstattung“, das im Lauf der Zeit durchlöchert und jetzt in seinem Kernbereich verletzt worden ist?
109. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU)
- In welcher Weise und mit welchem Erfolg hat die Bundesregierung in der Vergangenheit auf die Ausweisung von Korrespondenten aus der DDR bzw. die Schließung des „Spiegel“-Büros in Ost-Berlin reagiert?
110. Abgeordneter
Dr. Abelein
(CDU/CSU)
- Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung, um künftigen Vertragsverletzungen der DDR entgegenzutreten und die im Grundvertrag vereinbarten „normalen“ gutnachbarlichen Beziehungen durchzusetzen?
111. Abgeordneter
**Dr. Wittmann
(München)**
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um zu erreichen, daß die Arbeitsbeschränkungen für Journalisten aus der Bundesrepublik Deutschland in der „DDR“ beseitigt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

112. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Wie weit ist die Gründung einer Kenntnisverwertungsgesellschaft für die bei der Hochtemperaturreaktorentwicklung anfallenden, verwertbaren Erkenntnisse gediehen, ist diese Regelung mit der auf dem Schnellbrüterbereich gefundenen Konstruktion vergleichbar, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung gegebenenfalls ergreifen, um die Gründung einer solchen Kenntnisverwertungsgesellschaft zu beschleunigen?
113. Abgeordneter
Dr. Probst
(CDU/CSU)
- In welcher Auflage und mit welchen Kosten wurde die im Rahmen der Reihe „Bürger-Informationen“ vom Bundesforschungsminister erstellte Faltmappe „Forschung für den Bürger“ herausgegeben, und ist es nach Auffassung der Bundesregierung mit einer sachgerechten Bürgerinformation vereinbar, wenn darin unter dem Thema „Energie“ von „Solar-system“ bis zur „Windmühle“ alle nur denkbaren, von ihrer Leistungsfähigkeit her drittrangigen Energiequellen aufgeführt werden, die Kernenergie aber mit keiner Silbe erwähnt wird?
114. Abgeordneter
Dr. Probst
(CDU/CSU)
- Besteht nach Auffassung der Bundesregierung nicht die Gefahr, daß durch eine solch einseitige Darstellung beim Bürger der Eindruck erweckt wird, daß Kernenergie entbehrlich ist, wenn nur auf die genannten Energiequellen zurückgegriffen wird, und arbeitet die Bundesregierung mit ihrer einseitigen Information den Kernkraftgegnern nicht in die Hände?

115. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Muß aus der Tatsache, daß die vom Bundesforschungsministerium herausgegebene Informationsschrift „Forschung für den Bürger“ trotz der für die Entwicklung der Kerntechnik aufgewendeten hohen Mittel kein Wort für Kernenergie selbst enthält, der Schluß gezogen werden, daß Bundesminister Dr. Hauff die Nachteile eines Verzichts auf Kernenergie als nicht sehr gravierend ansieht, und wie wäre gegebenenfalls eine solche Einstellung mit der wiederholt vom Bundeskanzler und insbesondere vom Bundeswirtschaftsminister geäußerten Ansicht in Einklang zu bringen, daß in der Bundesrepublik Deutschland auf Kernenergie keinesfalls verzichtet werden könne?
116. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Welche Forschungsprojekte hat der Bundesminister für Forschung und Technologie seit 1970 für den Bereich neuer Antriebsstoffe im Verkehrsbereich gefördert, insbesondere für den Einsatz von Methanol und Elektrofahrzeugen?
117. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt der Bundesminister für Forschung und Technologie den Einsatz von Methanol in Kraftfahrzeugen in der Bundesrepublik Deutschland und in den Entwicklungsländern, und durch welche Maßnahmen kann der Einsatz von Methanol in der Bundesrepublik Deutschland beschleunigt werden?
118. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD)
- In welchem Verhältnis stehen die personellen und sachlichen Mittel, die die Bundesregierung zur Förderung der sogenannten integrierten nuklearen Entsorgung mit der plutoniumproduzierenden Wiederaufarbeitung und zu alternativen Entsorgungskonzeptionen aufwendet?
119. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die Absicht, zur Erweiterung der staatlichen Beurteilungskapazität die Entwicklung alternativer Entsorgungskonzepte verstärkt zu fördern, gegebenenfalls wie?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

120. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU)
- Welche finanziellen, sächlichen und personellen Aufwendungen sind in welchem Zeitraum aus Mitteln der deutschen Entwicklungshilfe für die peruanische Organisation Sinamos geleistet worden?
121. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU)
- Aus welchen Gründen wurde diese Hilfeleistung beendet, und wie beurteilt die Bundesregierung ihren Nutzen?
122. Abgeordneter
Dr. Hoffacker
(CDU/CSU)
- Hält der Bundeskanzler einen Rohstoff-Fonds für eine Gefährdung der Rohstoffversorgung zu tragbaren Preisen und für die meisten Entwicklungsländer für nutzlos (vgl. „Der Spiegel“, Ausgabe 16. April 1979, S. 24), und wenn ja, aus welchen Gründen?

123. Abgeordneter
Dr. Hoffacker
(CDU/CSU)
- Was unternimmt die Bundesregierung, um die UNCTAD-Konferenz in Manila für die zukünftige Arbeit der Entwicklungspolitik nutzbar zu machen und der Befürchtung entgegenzuwirken, daß solche Veranstaltungen nach dem Urteil des Bundeskanzlers sachliche Gespräche unmöglich machen und auf solchen Mammutkonferenzen große Luftblasen und Fensterreden für die heimische Presse gehalten werden (vgl. „Der Spiegel“, Ausgabe 16. April 1979, S. 24)?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

124. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU)
- Ist die Erklärung der „Gesellschaft BRD/UdSSR, Regionalverband Rhein/Ruhr e. V.“ ganz oder teilweise zutreffend, das Auswärtige Amt trage alle Kosten bei Veranstaltungen wie der „Armenischen Woche“, die die „Gesellschaft“ in Köln durchgeführt hat?
125. Abgeordneter
Dr. Miltner
(CDU/CSU)
- Wenn ja, was ist das Motiv der Bundesregierung für eine solche Finanzierung bei einer Gesellschaft, deren Vorstand zu einem großen Teil aus aktiven oder ehemaligen Funktionären der DKP, der FDJ und der DFU bestehen, mit denen zusammenzuarbeiten oder die zu unterstützen nach eigenen Erklärungen der Bundesregierung „erfahrungsgemäß deren revolutionäre Ansätze fördert, die eigene politische Position jedoch schwächt“?
126. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung der Personalmangel an der deutschen Botschaft in Bukarest angesichts der zunehmenden Zahl von Ausreisewünschen der Deutschen rumänischer Staatsangehörigkeit und des Umfangs der Verbalnoten gegenüber den rumänischen Dienststellen bekannt, und wann gedenkt sie, diesen durch weiteres Personal, das andernorts vielleicht nicht so dringend benötigt wird, zu beheben?
127. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung als eine der fünf Westmächte die jüngsten Greueltaten, Morde und Terrorakte, die von der SWAPO an unschuldigen Bürgern SWA/Namibias wie Farmern und Schulkindern verübt wurden, und warum hat sie dazu bisher nicht ebenso deutlich Stellung genommen wie zu anderen Ereignissen, die während der Unterhandlungen über eine friedliche Zukunft und dauerhafte Lösung der politischen Probleme SWA/Namibias stattfinden?
128. Abgeordneter
Dr. Klein
(Göttingen)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung in ihrer Eigenschaft als eine der fünf Westmächte die Erklärung des SWAPO-Führers Thlabanello, es handele sich bei den an der Zivilbevölkerung verübten Gewalttaten um „Kriegstaten“ zwischen kriegführenden Parteien?
129. Abgeordneter
Vogel
(Ennepetal)
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung in den angeführten Greueltaten nicht eine Bestätigung dafür, daß es der SWAPO entscheidend um eine Revolutionierung SWA/Namibias und um eine Eskalation von Gewalt geht?

130. Abgeordneter
Vogel
(Ennepetal)
(CDU/CSU)
- Ist es ein generelles Prinzip in der Diplomatie der Bundesregierung, Regierungen von Staaten dann nicht anzuerkennen, wenn wichtige Teile der Bevölkerung an einer Wahl nicht mitgewirkt haben, aus der diese Regierungen hervorgegangen sind, oder handelt es sich um eine gezielte und spezielle Bedingung für die Anerkennung SWA/Namibias bzw. Rhodesiens?
131. Abgeordnete
Frau
Karwatzki
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Meinung, daß das angesprochene Prinzip beispielsweise in Chile, der Sowjetunion, Südafrika oder Uganda verwirklicht ist, und wenn nicht, warum hat sie diese Regierungen dennoch anerkannt und unterhält diplomatische Beziehungen mit diesen Staaten?
132. Abgeordnete
Frau
Karwatzki
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung in der Schließung des Konsulats in Windhuk immer noch eine angesichts der Bedeutung der SWA-Frage opportune und folgerichtige Maßnahme, die Interessen der SWA/Namibia-Deutschen zu wahren, und welche Gründe der politischen Logik sprechen dafür, diese Interessen ausgerechnet von Südafrika aus zu vertreten?
133. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung mittlerweile eine Antwort auf die Frage geben, die sie der DTA-Delegation am 30. März 1979 im Auswärtigen Amt noch nicht beantworten konnte, wie viele Kräfte des UNTAG-Militär- und Zivilpersonals bereits in der Stunde X des Waffenstillstandes in SWA/Namibia und seinen Nachbarländern präsent sein würden, und wie erklärt es die Bundesregierung, die als eine der fünf Westmächte besondere Verantwortung für die Friedensregelung trägt, daß eine so wichtige Frage auch 14 Tage nach dem vorgesehenen Waffenstillstandstermin noch nicht beantwortet werden konnte?
134. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung mittlerweile eine Antwort auf die Frage geben, die sie der DTA-Delegation am 30. März 1979 noch nicht beantworten konnte, wieviel Zeit SWAPO-Einheiten nach der Stunde X des Waffenstillstandes in SWA/Namibia noch haben sollten, um sich bei der UNTAG registrieren zu lassen, und wie erklärt es die Bundesregierung, die als eine der fünf Westmächte besondere Verantwortung für die Friedensregelung trägt, daß sie eine so wichtige Frage auch 14 Tage nach dem vorgesehenen Waffenstillstandstermin noch nicht beantworten konnte?
135. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)
- Zeigt der Umstand, daß es der Bundesregierung und den anderen Westmächten nicht möglich war, so wichtige Fragen rechtzeitig zu beantworten und so weitere Grauzonen in wichtigen Bereichen einer Friedensregelung für SWA/Namibia zu verhindern, nicht, daß die Schlichtungsvorschläge der Westmächte in wichtigen Punkten nicht konkretisiert waren, und was rechtfertigte die Annahme, daß sie dennoch für alle Beteiligten akzeptabel sein würden?

136. Abgeordneter
Daweke
(CDU/CSU)
- Welche Gründe waren für die Bundesregierung dafür maßgebend, in den Vorschlägen für eine Waffenstillstandsregelung in SWA/Namibia die Formulierung „established bases“, die im Entwurf vom Januar 1978 noch enthalten war, aufzugeben und nur noch von „bases“ zu sprechen und hat sie nicht hiermit das Loch im Netz der durch den Generalsekretär der UNO aufzustellenden Durchführungsbestimmungen vorbereitet, durch das die SWAPO unmittelbar vor Inkrafttreten eines Waffenstillstands in großer Zahl und mit allen Waffen über die Grenzen SWA/Namibias schlüpfen konnte?
137. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU)
- Hat sich die Bundesregierung dabei der Hoffnung hingegeben, daß die Formulierung „bases“ für alle anderen Kräfte in SWA/Namibia als die SWAPO akzeptabel sein würde, und worauf konnte sie gegebenenfalls eine solche Hoffnung stützen?
138. Abgeordneter
Dr. Hüsch
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung darüber informiert, wann der UNO-Bevollmächtigte und der UNTAG-Stab in SWA/Namibia eintreffen werden, und warum dies bisher noch nicht geschehen ist?
139. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die aus den Wahlen in Rhodesien/Zimbabwe resultierende schwarze Mehrheitsregierung anzuerkennen und die bisherigen Wirtschaftssanktionen aufzuheben, und welches waren für die Bundesregierung bisher die Gründe, ausschließlich auf die Befreiungsbewegung „Patriotische Front“ zu setzen?

**B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien
sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren
schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung
gebeten wurde**

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Dr. Probst
(CDU/CSU) Was hat den Bundeskanzler veranlaßt, weder die Öffentlichkeit noch die Regierung des Landes Niedersachsen vorher von seinem beabsichtigten Treffen mit den die Kernenergie ablehnenden Teilnehmern des Gorleben-Symposiums zu unterrichten?
2. Abgeordneter
Dr. Probst
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß derartige Treffen Vertrauen zur Energiepolitik der Bundesregierung und zur Kernenergie begründen und der notwendigen vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern förderlich sind?
3. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Welche Kosten sind durch die Zündholzwerbung des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung für die Broschüren „Regierungspolitik 1977 bis 1980“ und weitere Broschüren entstanden?
4. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU) Wie rechtfertigt die Bundesregierung die Werbeaktion im Hinblick auf die Beschränkungen, die sich aus dem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 2. März 1977 ergeben?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

5. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD) Wie steht die Bundesregierung zur Forderung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, ausgedrückt in deren Empfehlung 850, daß die europäische Kulturkonvention von 1954 Grundlage aller europäischen Zusammenarbeit auf dem Kultursektor sein sollte?
6. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (siehe deren Empfehlung 850), daß der Europarat im Kuratorium der zu gründenden europäischen Stiftung vertreten sein sollte, und in welcher Weise wäre dies zu verwirklichen?
7. Abgeordneter
Seefeld
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß von Ausländern bei deren Einreise nach Spanien künftig ein „Eintrittsgeld“ von eintausend Peseten verlangt werden soll, und ist sie bereit, über die Aufhebung dieser Maßnahme mit der spanischen Regierung zu verhandeln?
8. Abgeordneter
Möllemann
(FDP) Ist die Bundesregierung bereit, sich über ihre bilateralen Kontakte, aber auch im Rahmen von EG und UNO für ein Ende der menschenrechtswidrigen Schnellverfahren und der Hinrichtungen im Iran einzusetzen?

- | | |
|--|--|
| 9. Abgeordneter
Möllemann
(FDP) | Ist die Bundesregierung bereit, einen Initiativantrag zur generellen Ächtung der Todesstrafe in die UNO einzubringen, da die Todesstrafe gegen die von den Vereinten Nationen proklamierten Menschenrechte verstößt und in letzter Zeit bei politischen Machtwechseln zunehmend mehr als Willkürmaßnahme eingesetzt wird? |
| 10. Abgeordneter
Landré
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, den Standort der Sender Radio Free Europe und Radio Liberty langfristig zu garantieren, um damit der Bevölkerung der Sowjetunion ein letztes Mindestmaß an Informationsfreiheit zu geben? |
| 11. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) | Kann die Bundesregierung bei der Leitung des Goethe-Instituts sicherstellen, daß sich die Verzögerung der Arbeitsfähigkeit des Goethe-Instituts in Tokio wegen verspäteter Lieferung der Möbel und des Fehlens eines Bibliothekars nicht an anderer Stelle wiederholt, und warum konnte nicht rechtzeitig ein Bibliothekar nach Tokio entsandt werden? |
| 12. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU) | Inwiefern beabsichtigt die Bundesregierung, beim „Meinungsaustausch über die rechtlichen Aspekte“ der Bindung der Bundesrepublik Deutschland an ihre Verfassung und die Gesamtheit ihrer vertraglichen Verpflichtungen, insbesondere des Deutschlandvertrags, mit der Volksrepublik Polen zu einem „besseren“ oder gar gewandelten Verständnis unserer Rechtsordnung und der verbindlichen Feststellungen über die Rechtslage ganz Deutschlands zu kommen? |
| 13. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU) | Ist die Bundesregierung bereit, bei den Vereinten Nationen darauf hinzuwirken, daß diese gegen die Aburteilungspraxis der islamischen Revolutionsgerichte im Iran, die die allgemein gültigen Rechtsnormen gröblich verletzt, sich aussprechen, und welche Möglichkeiten haben nach Ansicht der Bundesregierung die Vereinten Nationen, wirksam diesen schweren Verstößen gegen die Menschenrechtskonvention der UNO Einhalt zu gebieten? |

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

- | | |
|--|--|
| 14. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) | Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, daß der Mittellandkanal im Bereich des Kraftwerks Mehrum einen erhöhten Salzgehalt aufweist, der sich auf Abwässer der DDR zurückführen läßt? |
| 15. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung, die Problematik der auf DDR-Abwässer beruhenden erhöhten Salzkonzentration in bundesdeutschen Flüssen bei Verhandlungen mit der Regierung der DDR zu erörtern? |
| 16. Abgeordneter
Lenders
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung, die Rheinsanierung an den Empfehlungen und den Grenzwerten des Rhein-Memorandums der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke im Rheineinzugsgebiet für die Konzentration von Schadstoffen im Rheinwasser auszurichten? |

- | | |
|--|---|
| 17. Abgeordneter
Lenders
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung eine ständige und quantitative Inventarisierung aller Abwasserableitungen im Rheineinzugsgebiet? |
| 18. Abgeordneter
Lenders
(SPD) | Sollte nach Auffassung der Bundesregierung die Ableitung neuer chemischer Substanzen erst zugelassen werden, nachdem die Ableiter die Unschädlichkeit zweifelsfrei nachgewiesen haben? |
| 19. Abgeordneter
Lenders
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, die für die Gewässersanierung zur Verfügung stehenden Finanzmittel schwerpunktmäßig bei den größten kommunalen und industriellen Ableitern einzusetzen? |
| 20. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) | Beabsichtigt die Bundesregierung auf Grund des Reaktorstörfalls in Harrisburg das nach ähnlichem Konzept geplante und auch von der Firma Babcock & Wilcox (Reaktordruckbehälter) gebaute Kernkraftwerk (KKW) Mülheim-Kärlich einer erneuten Sicherheitsüberprüfung in der RSK zu unterziehen und dabei zu prüfen, ob die aufgetretenen Störungen im Sicherheitsbericht berücksichtigt wurden? |
| 21. Abgeordneter
Schäfer
(Offenburg)
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, bis zum Abschluß dieser Maßnahmen für einen Teilgenehmigungs- und Baustopp für das KKW Mülheim-Kärlich einzutreten? |
| 22. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD) | Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus der Reaktorkatastrophe in Harrisburg ziehen, deren Eintritt bisher von allen Fachleuten als praktisch ausgeschlossen angesehen wurde? |
| 23. Abgeordneter
Schmidt
(München)
(SPD) | Wieviel und welche Störfälle in Kernkraftwerken hat es in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten drei Jahren an welchen Orten gegeben, und welche Kernkraftwerke arbeiten in der Bundesrepublik Deutschland zur Zeit uneingeschränkt, beziehungsweise eingeschränkt? |
| 24. Abgeordneter
Dr. Geßner
(SPD) | Bis zu welchem Zeitpunkt ist die Aufstellung und Durchführung eines Aktionsplans zur Sanierung der für die Trinkwassergewinnung genutzten Oberflächengewässer, wie es die Richtlinie der EG vom 16. Juni 1975 von den Mitgliedstaaten fordert, geplant? |
| 25. Abgeordneter
Dr. Geßner
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, für die Einführung eines wirksamen Abwasserabgabensystems auf europäischer Ebene und die zweckgebundene Verwendung dieser Einnahmen für Gewässersanierung einzutreten? |
| 26. Abgeordneter
Dr. Geßner
(SPD) | Strebt die Bundesregierung eine Harmonisierung der in den Rheinuferstaaten bestehenden unterschiedlichen Maßnahmenkataloge zur Gewässerreinigung an, und wenn ja, welche geeigneten Maßnahmen gedenkt sie zu ergreifen? |
| 27. Abgeordneter
Dr. Waigel
(CDU/CSU) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Vorsitzende der Deutschen Kommunistischen Partei, Herbert Mies, aus Anlaß seines 50. Geburtstags durch den Obersten Sowjet der UdSSR mit dem Lenin-Orden ausgezeichnet wurde, wie die von der Informationsabteilung der sowjetischen Botschaft herausgegebene Zeitschrift „Sowjetunion heute“ in der Nr. 3/79, Seite 65, berichtet? |

28. Abgeordneter
Dr. Waigel
(CDU/CSU) Hat die Bundesregierung dem Bundespräsidenten die Erteilung der Genehmigung zur Annahme dieses Ordens nach dem Ordensgesetz empfohlen, oder beabsichtigt sie dies zu tun?
29. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, wegen der erheblichen finanziellen Verluste bei Übertritt vom Arbeitnehmerverhältnis in das Beamtenverhältnis des einfachen und mittleren Dienstes die Übergangszahlung gemäß § 2 der Verordnung zur Regelung einer Übergangszahlung an Beamte vom 23. Juli 1975 (BGBl. I S. 1982), geändert durch Verordnung vom 27. November 1978 (BGBl. I S. 1831), zu erhöhen?
30. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Welche generelle Einschätzung nimmt die Bundesregierung gegenüber der „Marxistischen Gruppe“ (vormals Rote Zellen) hinsichtlich ihres politischen Standorts vor, und kann die Bundesregierung insbesondere Informationen bestätigen, daß diese Organisation sich durch besondere Gewalttätigkeit ausweist?
31. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die Finanzquellen der „Marxistischen Gruppe“ vor, und kann die Bundesregierung insbesondere Meldungen bestätigen, nach denen die „Marxistische Gruppe“ über soviel Geldmittel verfügt, daß sie beispielsweise ihre studentischen und nichtstudentischen Flugblattverteiler bezahlen kann?
32. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Mit welchen Bedürfnispartnern arbeitet die „Marxistische Gruppe“ zusammen?
33. Abgeordneter
Dr. Langguth
(CDU/CSU) Welche Informationen liegen der Bundesregierung über den „Verein zur Förderung des studentischen Pressewesens e. V.“ in München vor, und kann die Bundesregierung insbesondere die Auffassung bestätigen, daß es sich bei diesem Verein lediglich um eine Hilfsorganisation dieser „Marxistischen Gruppe“ handelt?
34. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei einer Kürzung des Anwärterverheiratenzuschlags gemäß § 62 Abs. 3 des Bundesbesoldungsgesetzes der um die Hälfte gekürzte Anwärterverheiratenzuschlag und der Verheiratenzuschlag des Ehegatten zusammen einen geringeren Betrag ergeben können als der volle Anwärterverheiratenzuschlag?
35. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) Wenn ja, ist die Bundesregierung der Auffassung, daß zur Beseitigung dieser finanziellen und sozialen Härten eine Änderung des § 62 Abs. 3 des Bundesbesoldungsgesetzes erfolgen sollte?
36. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, die Lärmschutzzone 2 gemäß § 4 der Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den militärischen Flugplatz Nörvenich in der Weise zu ändern, sodaß in Erfstadt-Gymnich wieder uneingeschränkte Baugenehmigungen erteilt werden können, was auf Grund der Festlegung der Lärmschutzzonen vor fünf Jahren unterbunden worden war?
37. Abgeordnete
Frau Dr. Wisniewski
(CDU/CSU) Treffen Berichte zu, wonach das Bundesinnenministerium veranlaßt hat, daß alle Raumpflegerinnen entlassen und dafür Reinigungsfirmen beauftragt werden?

38. Abgeordnete
Dr. Wisniewski
(CDU/CSU) Welche Gründe haben zu dieser Regelung geführt, wenn sie tatsächlich eingeführt worden ist?
39. Abgeordneter
Dr. Stercken
(CDU/CSU) Wie nimmt die Bundesregierung Stellung zu einem Bericht der türkischen Zeitung „Günaydin“ vom 7. April 1979, wonach tausenden Türken, darunter Touristen, an der deutsch-österreichischen Grenze die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland verweigert worden sei und in letzter Zeit allein acht Türken bei Kontrollaktionen der GSG 9 bei illegalen Grenzüberschreitungen erschossen worden seien?
40. Abgeordneter
Dr. Unland
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung erklärlich, wie das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ in den Besitz einer Verschlusssache gelangt ist, die ihm als Grundlage seines Artikels über Waffenexporte aus der Bundesrepublik Deutschland in Nr. 14/79, Seiten 67 ff., diente?
41. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Wann ist nach Auffassung der Bundesregierung mit der Realisierung der im Dezember 1976 von den Rheinanliegerstaaten unterzeichneten Vereinbarungen zur Verminderung der Rheinverschmutzung durch chemische Schadstoffe (Chemievertrag) und zur Reduzierung der Salzbelastung des Stroms (Chloridvertrag) zu rechnen?
42. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Bis zu welchem Zeitpunkt ist beabsichtigt, die im Chemievertrag vereinbarte „schwarze“ Liste toxischer Stoffe, deren Ableitung schrittweise zu beseitigen ist, rechtsgültig auszuarbeiten und für die dort bisher aufgeführten 15 Stoffe Genehmigungspflichten für Ableitungen und Emissionshöchstgrenzen einzuführen?
43. Abgeordneter
Hansen
(SPD) Bis zu welchem Zeitpunkt ist die Aufstellung eines internationalen Programms zur Verringerung der Belastung des Rheins durch Stoffe der sogenannten grauen Liste des Chemievertrags beabsichtigt?
44. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse darüber, in welcher Weise sich die Schwefeloxidimmissionen in den Belastungsgebieten der Bundesrepublik Deutschland während der vergangenen zehn Jahre entwickelt haben, welches waren nach Einschätzung der Bundesregierung die wichtigsten Ursachen für diese Entwicklung und welche Reduktion der Schwefeloxidimmissionen erwartet die Bundesregierung durch die Emissionsbegrenzungen entsprechend dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf einer Verordnung über Großfeuerungsanlagen zum Bundes-Immissionsschutzgesetz?
45. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU) Welche volkswirtschaftlichen Kosten werden durch die Maßnahmen zur Abgasendreinigung entstehen gemäß den Vorschriften im Regierungsentwurf einer Verordnung über Großfeuerungsanlagen, welche Folgen ergeben sich insbesondere für die Vorkhaltung von Reservekraftwerkskapazitäten entsprechend der Verfügbarkeit dieser Abgasreinigungsanlagen?

46. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausführungen der Professoren Dr. Dietrich Strauch und Dr. Wolfgang Müller bei der ersten Abwasser-Mikrobiologischen Tagung der „Deutschen Gesellschaft für Hygiene und Mikrobiologie“ in München, daß die Abwässer aus den Kläranlagen der Städte und Gemeinden auch bei dreistufiger Auslegung beträchtliche Mengen Krankheitserreger enthalten, die von Kliniken, Schlacht- und Viehhöfen, aber auch von Gewerbe und Industrie eingeleitet werden, wobei sie vor allem auf die Schlämme verwiesen, die Cadmium enthalten, und welche Möglichkeiten sieht gegebenenfalls die Bundesregierung, den hier beschriebenen gesundheitlichen Gefahren wirkungsvoll zu begegnen?
47. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU) Wie und wann gedenkt die Bundesregierung, eine Besitzstandregelung für diejenigen Beihilfeberechtigten des Bundes zu schaffen, die durch das Zwanzigste Rentenanpassungsgesetz ihre Ansprüche als Beamte aus dem Kreis der Versicherten verloren haben und denen Leistungen aus der Rentenversicherung gewährt werden könnten (z. B. Ansprüche auf medizinische Rehabilitationsmaßnahmen)?
48. Abgeordneter
Jaunich
(SPD) Wie hoch ist die Anzahl der in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommenen vietnamesischen Flüchtlinge insgesamt?
49. Abgeordneter
Jaunich
(SPD) Wie ist der Anteil der Bundesländer an der Gesamtzahl der aufgenommenen Vietnamflüchtlinge?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

50. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Betrachtet die Bundesregierung die internationalen Verpflichtungen aus dem Übereinkommen der Europäischen Gemeinschaft über den Terrorismus als vereinbar mit den Verpflichtungen aus der Konvention des Europarats über die Bekämpfung des Terrorismus, bzw. welche Schwierigkeiten könnten sich aus dem Nebeneinanderbestehen beider Übereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland ergeben?
51. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung von der Notwendigkeit der Existenz zweier einander sehr ähnlichen europäischen Konventionen zur Bekämpfung des Terrorismus überzeugt, oder muß man aus dem Nebeneinander einer möglichst alle demokratischen Staaten Europas umfassenden Konvention und einer weiteren, nur auf die EG-Staaten beschränkten, Konvention auf einen Mangel an Koordination zwischen den beiden europäischen Organisationen sowie zwischen ihren Mitgliedstaaten schließen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

52. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die auf dem Land wohnenden Schwerbeschädigten keine öffentlichen Nahverkehrsmittel benutzen können und keine besonderen steuerlichen Vergünstigungen bei der Benutzung eines eigenen Personenkraftwagens erhalten, und wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, durch Steuererlässe ganz

- oder zum Teil die Situation der Schwerbeschädigten bei der Benutzung eines eigenen Personenkraftwagens in verkehrlich schwach strukturierten ländlichen Räumen zu verbessern?
53. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, solche Beamten-
dienstposten, die länger als drei Jahre mit Ange-
stellten besetzt sind, entsprechend in Stellen für
Angestellte umzuwandeln, und wenn ja, wie voll-
zieht sich dieses Verfahren?
 54. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß die Bundesregierung Kreditbürg-
schaften für militärische Einrichtungen der libyschen
Armee übernommen hat oder zu übernehmen ge-
denkt, und wenn ja, in welcher Höhe?
 55. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) Treffen Presseberichte zu, wonach in letzter Zeit auf
Veranlassung des Bundesfinanzministers bei Betriebs-
prüfungen im Hotel- und Gaststättengewerbe ver-
mehrt die Besteuerung von Trinkgeldern überprüft
wird, und die Arbeitgeber dabei verpflichtet sind,
die Beamten auf möglicherweise unvollständige An-
gaben ihrer Angestellten hinzuweisen, da sie andern-
falls für die zuwenig einbehaltene Lohnsteuer selbst
in Anspruch genommen werden können?
 56. Abgeordneter
Dr. Jenninger
(CDU/CSU) Beabsichtigt der Bundesfinanzminister, den derzeit
geltenden Freibetrag bei Trinkgeldern von 600 DM
im Kalenderjahr auf 1 200 DM zu erhöhen, und
wenn ja, zu welchem Zeitpunkt?
 57. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Wie hoch war der Gesamtverlust des Branntwein-
monopols im Jahr 1978, welcher Teilbetrag davon
entfällt auf Ablieferungen der Obstabfindungsbren-
ner (Kleinbrenner)?
 58. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU) Wie hoch ist die Summe der Steuern, die die Abfin-
dungsbrenner insgesamt für zu versteuernden Alko-
hol im gleichen Jahr an den Fiskus gezahlt haben?
 59. Abgeordneter
Schmitz
(Baesweiler)
(CDU/CSU) Welche neuen Erkenntnisse hat die Bundesregierung
über die Entwicklung der Drogenszene im Aachener
Grenzraum, insbesondere über neue Wege der Ein-
schleusung von Drogen, und welche Personengrup-
pen sind in der letzten Zeit als Dealer und Abneh-
mer neu aufgetaucht?
 60. Abgeordneter
Schmitz
(Baesweiler)
(CDU/CSU) Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergrif-
fen, um die Drogenszene und den Drogenhandel
vor allem aus dem Raum Amsterdam ins Aachener
Grenzgebiet hinein zu kontrollieren, und wie ist
die bisherige Zusammenarbeit zwischen den deut-
schen und niederländischen bzw. belgischen Be-
hörden?
 61. Abgeordneter
Schmitz
(Baesweiler)
(CDU/CSU) Welche der mit der Bekämpfung der Drogenkrimi-
nalität (Beschaffungsdelikte) und des Drogenhan-
dels befaßten Bundesdienststellen im Aachener
Grenzraum (Bundesgrenzschutz, Zollfahndung) sind
nach Meinung der Bundesregierung personell aus-
reichend besetzt, welche wird sie in Zukunft in wel-
chen Bereichen personell verstärken?
 62. Abgeordneter
Schmitz
(Baesweiler)
(CDU/CSU) Welche personellen Maßnahmen bei Bundesdienst-
stellen haben im letzten Jahr zu einer Veränderung
der Situation geführt?

63. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Kann sich die Bundesregierung der Auffassung, wie sie beispielsweise vom Bezirksverband Oberpfalz-Niederbayern des bayerischen Siedlerbunds vertreten wird, verschließen, daß die ABM-Maßnahmen, bei denen die Anlieger Erschließungskostenbeiträge zu entrichten haben, diese öffentlichen Zuschüsse hälftig auch den beitragspflichtigen Anliegern zugutekommen müßten, weil ABM-Maßnahmen in der Durchführung bekanntlich um bis zu 30 v. H. teurer kämen?
64. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Nach welchen Grundsätzen werden künftig die Genehmigungen für den Einsatz der Zollmusikkapellen durch den zuständigen Bundesminister erteilt, und mit welcher Genehmigungszeit ist dabei zu rechnen?
65. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie sich die Dollarbestände und ihr Gegenwert in DM bei der Deutschen Bundesbank in den einzelnen Jahren seit 1970 entwickelt haben, und wieviel dieser Dollarbestände in den entsprechenden Jahren in amerikanischen Staatspapieren angelegt waren?
66. Abgeordneter
Kühbacher
(SPD) Wie hoch war das jährliche Zinsaufkommen aus den oben bezeichneten Wertpapieren, und wie hoch war in DM der jährliche Verlust nach Berücksichtigung von notwendigen Wertberichtigungen?
67. Abgeordneter
Link
(CDU/CSU) Wie ist der Stand der Beratungen bezüglich einer Gebührenordnung für Steuerberater, und bis wann kann mit einem Gesetzentwurf der Bundesregierung gerechnet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

68. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung Pressemeldungen bekannt, in denen behauptet wird, daß der Bundeskanzler Waffenhandel betreibt, jedoch wesentlich voluminöser als frühere Bundesregierungen?
69. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß dem Bundeskanzler mit Enthüllungen über den Waffenhandel seiner Bundesregierung gedroht worden ist?
70. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, durch die Beimischung von Agraräthylalkohol zum Motorkraftstoff zu einer mengenmäßigen Ausweitung des Benzinangebots zu wettbewerbsfähigen Preisen zu kommen?
71. Abgeordneter
Breidbach
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, wonach in einzelnen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft die staatliche Hilfe für Strukturmaßnahmen in stahlverarbeitenden Branchen davon abhängig gemacht wird, daß die Ausgangsmaterialien vollständig aus nationaler Produktion stammen?
72. Abgeordneter
Breidbach
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Zahlung staatlicher Hilfen an belgische Werften davon abhängig gemacht wird, daß die betroffenen Schiffsbaubetriebe ausschließlich Schiffsbleche aus belgischer Produktion verarbeiten, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

73. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) In welcher Weise wird die Bundesregierung bei der EG darauf hinwirken, daß sich Berichte der EG, auch wenn sie nicht zur Veröffentlichung bestimmt sind, auf sachliche Darlegungen beschränken und nicht, wie kürzlich (bei einem Bericht der EG über ihre Handelsbeziehungen zu Japan) geschehen, zweifelhafte Wertungen enthalten, die kränkend wirken und den guten Beziehungen zu dem betreffenden Land abträglich sind und das Verhandlungsklima negativ beeinflussen könnten?
74. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU) Sind Informationen zutreffend, daß tausende von Tonnen Altpapier, die jährlich aus bundesdeutschen Haushalten gesammelt werden, von der Papierindustrie nicht mehr abgenommen werden, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dieser Entwicklung entgegenzuwirken, um zu erreichen, daß Altpapier nach dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft aufbereitet und zu neuen Produkten verarbeitet wird?
75. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die von den Reiseveranstaltern für Charterflugreisen und Kreuzfahrten angekündigten Treibstoffzuschläge, und welche Folgerungen zieht sie daraus?
76. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Ist der Bundesregierung in diesem Zusammenhang bekannt, daß nicht die vollen Beträge an die durchführenden Fluggesellschaften und Reedereien weitergegeben werden, und wenn nein, welche Maßnahmen wird das Bundeswirtschaftsministerium im Rahmen seines Auftrages unternehmen, um vorbeugend Mißbräuche zu verhindern?
77. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung den Preisanstieg für Heizöl, und wie beabsichtigt sie, diese Entwicklung zu beeinflussen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

78. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Betten etwa im Rahmen der Aktion „Urlaub auf dem Bauernhof“ in unserem Lande angeboten werden, und wie hoch die durchschnittliche Belegungsquote dieser Betten ist?
79. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Sind der Bundesregierung Klagen darüber bekannt, daß in einigen Landstrichen regelrechte „Bettenberge“ vorhanden sein sollen, die kaum mehr rentabel vermietet werden können, und wie kann dagegen Abhilfe geschaffen werden?
80. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Welche Absichten verfolgt die Bundesregierung mit den fünf Millionen Mark, die im Agraretat 1979 als Zuweisungen zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlicher repräsentativer Bedeutung zur Verfügung stehen?
81. Abgeordneter
Paintner
(FDP) Welche konkreten Vorhaben sollen mit diesen Mitteln in welcher Form gefördert werden, und wann ist mit ersten Maßnahmen zu rechnen?

82. Abgeordnete
**Frau
Dr. Martiny-
Glotz**
(SPD)
- Ist es richtig, daß das obere Viertel der Vollerwerbsbetriebe in der Landwirtschaft, d. h. 101 125 Betriebe der Land- und Forstwirtschaft einschließlich des Wein-, Obst-, Gemüse- und Gartenbaues sowie der Teichwirtschaft, im Wirtschaftsjahr 1977/78 insgesamt rund 10 Milliarden DM landwirtschaftliches Reineinkommen erwirtschaftet haben, und wieviel DM Reineinkommen haben im gleichen Zeitraum die übrigen 880 000 Betriebe ab 0,5 ha landwirtschaftliche Nutzfläche insgesamt erwirtschaftet?
83. Abgeordnete
**Frau
Dr. Martiny-
Glotz**
(SPD)
- Ist es richtig, daß eine Familienarbeitskraft im oberen Viertel der Vollerwerbsbetriebe mehr als 55 000 DM Reineinkommen jährlich erwirtschaftete, und wieviel DM Reineinkommen erwirtschaftete im Durchschnitt aller 880 000 Betriebe eine landwirtschaftliche Familienarbeitskraft jährlich?
84. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP)
- Welche Forschungs- und Entwicklungsvorhaben für den Umweltschutz im Agrarbereich gedenkt die Bundesregierung mit jenen 20 Millionen DM zu fördern, die erstmals in diesem Haushalt zur Verfügung stehen?
85. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP)
- Wann ist mit ersten konkreten Maßnahmen auf diesem Gebiet zu rechnen, und worauf sollen sich diese erstrecken?
86. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Inwieweit haben sich die Wettbewerbsbedingungen der deutschen Geflügelwirtschaft in der EG verschlechtert, und was hat die Bundesregierung bisher unternommen, daß die Wettbewerbsvorteile in anderen EG-Ländern – insbesondere aber in den Niederlanden – beseitigt werden?
87. Abgeordneter
Seiters
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung im einzelnen und kurzfristig zu ergreifen, um die Situation der bäuerlichen Geflügelmäster angesichts der teilweise massiven Wettbewerbsverzerrungen im EG-Raum auf Grund der in der Bundesrepublik Deutschland geltenden steuerlichen Bestimmungen und der daraus resultierenden Ausweitung der gewerblichen Mast zu verbessern?
88. Abgeordnete
**Frau
Will-Feld**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Frankreich im Jahr 1977 14 471 Anträge auf Rodung von 20 065 ha Weinbergen stattgegeben hat und daß die Rodung von 20 065 ha mit 115 010 Millionen Fr. (1 Fr. = 0,50 DM) bezuschußt wurden (entnommen „Der Deutsche Weinbau“ 10/1979, S. 402), und teilt die Bundesregierung gegebenenfalls die Auffassung, daß nach diesen veröffentlichten Zahlen die EG 50 v. H. davon bezahlt hat, das sind pro ha rund 2870 000 DM, also 287 DM pro qm gerodeter Weinbaufläche?
89. Abgeordneter
**Frau
Will-Feld**
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in welchen französischen Regionen die Rodungen vorgenommen worden sind und in welcher Größenordnung sich zusammenhängende Rodungsflächen bewegen, und welche Folgerungen ergeben sich daraus für die Bundesrepublik Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

90. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Duisburg)
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung sagen, wie viele Bürger der Bundesrepublik Deutschland in den übrigen Ländern der Europäischen Gemeinschaften arbeiten und wie viele insgesamt in diesen Ländern ihren Wohnsitz haben?
91. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Duisburg)
(CDU/CSU) Ergreift die Bundesregierung angesichts der Bedeutung dieser Personen für die europäische Integration Maßnahmen für eine planmäßige, über das übliche Maß hinausgehende, Betreuung der Familien in Zusammenarbeit mit den Regierungen der Partnerländer?
92. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung der Versuch des rheinland-pfälzischen Sozialministeriums, durch Bezuschussung von zusätzlich geschaffenen, sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeitsplätzen die Neigung der Wirtschaft zur verstärkten Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen für Frauen zu verstärken, bekannt, und wäre die Bundesregierung bereit, bei positiver Beurteilung ein ähnliches Modell auf Bundesebene durchzuführen?
93. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, Zeiten eines sogenannten automatischen Arrestes, der sich vielfach an eine Kriegsgefangenschaft anschloß, als Ersatzzeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung anzuerkennen?
94. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die gegenwärtigen Schwierigkeiten, die sich insbesondere aus den Änderungen der Reichsversicherungsordnung in den §§ 1305 bzw. 1307 im Rahmen des Zwanzigsten Rentenanpassungsgesetzes in bezug auf die Durchführung von Maßnahmen der Kurvorsorge für Kinder und Kinderheilverfahren, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken, ergeben?
95. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß auch zukünftig in ausreichendem Umfang derartige Maßnahmen im Interesse der gesundheitsgefährdeten Kinder durchgeführt werden können?
96. Abgeordneter
Seefeld
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch eine Entscheidung des Bundessozialgerichts vom 10. Oktober 1978 besonders für Urlauber, deren Verlegung in das Heimatland medizinisch angezeigt wird, nicht zu verantwortende Nachteile entstehen, und wenn ja, welche gesetzlichen Möglichkeiten werden in Erwägung gezogen, um die Finanzierung medizinisch dringender Repatriierungsflüge über die gesetzlichen Krankenversicherungen in Zukunft wieder zu ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

97. Abgeordneter
Würtz
(SPD) Trifft die Klage des Batteriefeldwebels — Hauptfeldwebel Walter Hastreiter — über die elektronische Datenverarbeitung (siehe auch bw-aktuell vom 16. März 1979) und die damit verbundene Mehrbelastung zu, und wenn ja, was gedenkt der Bundesverteidigungsminister zur Verwaltungsvereinfachung in diesem Bereich zu tun?

98. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei Berufs- und Zeitsoldaten Unzufriedenheit über die truppenärztliche Versorgung herrscht, weil durch den fort-dauernden Wechsel der Truppenärzte, insbesondere in den ländlichen Standorten, sich kein Vertrauens-verhältnis zwischen Patient und Arzt entwickeln kann?
99. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, eine Änderung her-beizuführen und gegebenenfalls die freie Arztwahl für Berufs- und Zeitsoldaten vorzusehen?
100. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung grundsätzlich dazu bereit und welche Wege scheinen ihr geeignet zu sein, das Umweltbewußtsein unserer Soldaten zu stärken, da-mit zum Beispiel das Wald- und Naherholungsgebiet Koblenz-Schmittenhöhe außerhalb der Flächen in-tensiver Nutzung durch die übende Truppe den Koblenzer Bürgern in einem pfleglichen Zustand erhalten bleibt?
101. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung auch in Zukunft bereit, in vom Standortältesten organisierten Sonderaktionen der Truppe die Waldflächen des Truppenübungs-platzes in einen ordnungsgemäßen Zustand bringen zu lassen?
102. Abgeordneter
Berger
(Lahnstein)
(CDU/CSU)
- Wäre die Bundesregierung auch gegebenenfalls be-reit, Umweltschutztruppen aus Zivildienstleistenden zu bilden, um mit diesen die von den übenden Trup-penteilen belasteten Flächen der Erholungswälder um bzw. auf unseren Übungsplätzen im Hinblick auf deren Sozialfunktion instandsetzen zu lassen?
103. Abgeordneter
Voigt
(Sonthofen)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesverteidigungsminister bereit, die Ein-führung „korallroter Barette“ unter dem Aspekt der vielseitigen Verwendungsmöglichkeit, d. h. auch bei Übungen usw., zu überdenken, um damit auch die Grundsätze der „Tarnung“ sicherzustellen und die Träger dieser Kopfbedeckungen nicht von vorn-herin als Soldaten zu gefährden?
104. Abgeordneter
**Dr. Müller-
Emmert**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die sportmedi-zinische Betreuung für die Angehörigen der Sport-fördergruppen und Sportlehrkompanien der Bun-deswehr, und in welcher Form ist auch eine ange-messene sportmedizinische Betreuung für den allge-meinen Breiten- und Freizeitsport der Angehörigen der Bundeswehr sichergestellt?
105. Abgeordneter
**Dr. Müller-
Emmert**
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine intensive Zusammenarbeit zwischen der Bundes-wehr, den Sportvereinen und Verbänden sowie dem Deutschen Sportärztebund auch für das ärztliche Personal der Bundeswehr und die sportmedizinische Betreuung der Bundeswehrsportler von erheblicher Bedeutung ist, und wie ist nach den Erkenntnissen der Bundesregierung eine derartige Zusammen-abeit gewährleistet?
106. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, wonach die Bundes-marine zwölf neue Kampfhubschrauber vom Typ „Sea Lynx MK II“ für 287,6 Millionen DM in Eng-land gekauft hat?

- | | |
|--|---|
| 107. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) | Wenn ja, wann hat die Bundesmarine entsprechende Kaufverträge abgeschlossen? |
| 108. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) | Trifft die in der Sendung „Report“ vom 10. April 1979 aufgestellte Behauptung des internationalen Rüstungsexporteurs Gerhard Mertins zu, daß deutschen Rüstungsfirmen von „deutschen Beamten“ empfohlen wird, den neuen § 4a des Rüstungskontrollgesetzes dadurch zu umgehen, daß sie ihre Firma ins Ausland verlagern? |
| 109. Abgeordneter
Weiskirch
(Olpe)
(CDU/CSU) | Stimmt die vom gleichen Rüstungsexporteur in der gleichen Report-Sendung aufgestellte Behauptung, daß trotz der amtlichen Beschränkungen im deutschen Waffenexport heute „mehr exportiert“ wird als vor 1970, weil zur Tarnung alle möglichen Kooperationsverträge abgeschlossen worden sind? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

- | | |
|---|---|
| 110. Abgeordneter
Merker
(FDP) | Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die im Gesetz zu dem europäischen Übereinkommen vom 25. Oktober 1967 über die theoretische und praktische Ausbildung von Krankenschwestern und Krankenpflegern festgelegten Mindestnormen eingehalten werden, insbesondere die im Kapitel III b 2. festgehaltene Forderung, daß in allen Abteilungen, denen Krankenpflegeschülerinnen und Krankenpflegeschüler im Lauf ihrer praktischen Ausbildung zugeteilt werden, jederzeit mindestens eine ausgebildete Krankenschwester oder ein ausgebildeter Krankenpfleger als Aufsicht und genügend sonstiges Personal vorhanden sein muß, um zu verhindern, daß die Krankenpflegeschülerinnen und Krankenpflegeschüler mit Aufgaben betraut werden, die nicht der Ausbildung dienen? |
| 111. Abgeordneter
Merker
(FDP) | Was gedenkt die Bundesregierung für den Fall, daß sie diese Mindestnormen nicht gewährleistet sieht, zu tun, um diesem Mißstand abzuhelpen? |
| 112. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) | Zieht die Bundesregierung angesichts von HCH (Hexachlorcyklohexan) Verseuchungen im hessischen Ried einen vorläufigen Produktions- und Anwendungsstopp für aus HCH hergestellten Pflanzenschutzmittel in Betracht, solange laut Bundesgesundheitsamt Unklarheiten über dessen biologische Auswirkungen bestehen? |
| 113. Abgeordneter
Hoffie
(FDP) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, der Empfehlung des Bundesgesundheitsamts zu folgen und Blutbilduntersuchungen der betroffenen Bevölkerung zu veranlassen? |
| 114. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) | Liegen dem Bundesgesundheitsamt Informationen vor, daß im Umgang mit Sonnenliegen Gefahren auftreten, die etwa zu vorzeitiger Alterung der Haut, zu Verhornungen sowie zu Hautkrebs führen können, wie dies die Bundesregierung bei der Anwendung von Solarien in der Fragestunde am 15. März 1979 bestätigt hat, und was kann nach Meinung der Bundesregierung getan werden, um diesen Gefahren zu begegnen? |

- | | |
|--|---|
| 115. Abgeordneter
Eickmeyer
(SPD) | Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, auch Pflegeeltern in den Genuß des erhöhten Kindergelds, das von verschiedenen Ländern beim Pflegegeld in Anrechnung gebracht, also nicht in voller Höhe weitergegeben wird, kommen zu lassen? |
| 116. Abgeordneter
Eickmeyer
(SPD) | Welche Schritte müßten dazu gegebenenfalls unternommen werden? |
| 117. Abgeordneter
Spitzmüller
(FDP) | Ist die Bundesregierung bereit, auf die Bundesländer dahin gehend einzuwirken, daß diese einen Impfpfaß ausgeben, der auch im Ausland als Nachweis für vorgenommene Impfungen anerkannt wird, oder aber daß diese zumindest in der Öffentlichkeit hinreichend darauf aufmerksam machen, daß gegenwärtig im Ausland nur Impfnachweise, die im Internationalen Impfpfaß eingetragen sind, anerkannt werden? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

- | | |
|--|--|
| 118. Abgeordneter
Stockleben
(SPD) | Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, damit in den Ortschaften ausreichend Parkplätze für Personenkraftwagen gehbehinderter Mitbürger angeboten werden und um sicherzustellen, daß diese ausschließlich von Behinderten benutzt werden? |
| 119. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, bei der Deutschen Bundesbahn darauf hinzuwirken, daß dem Antrag des Bundes Umwelt- und Naturschutz Deutschland stattgegeben wird, am 3. Juni, dem Tag der Umwelt, der mit Unterstützung von 67 Umweltschutzverbänden und Bürgerinitiativen zum autofreien Sonntag proklamiert worden ist, preiswerte Sonderangebote für Bahnfahrten zu gewähren, insbesondere eine 50prozentige Ermäßigung für die geplante Bundesbahn-Fahrrad-Sternfahrt nach Erlangen? |
| 120. Abgeordnete
Frau
Dr. Hartenstein
(SPD) | Ist die Bundesregierung bereit, die Deutsche Bundesbahn zu veranlassen, die Aktion „Fahrrad am Bahnhof“, vor allem in Naherholungs- und Fremdenverkehrsgebieten zu unterstützen und ihr die notwendigen Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen? |
| 121. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU) | Wie hat die Bundesregierung auf die neuerliche Diskriminierung unserer Binnenschifffahrt durch die DDR reagiert, die seit dem 1. Januar 1979 auf der Havel-Oder-Wasserstraße nur noch Schiffe bis zu max. 67 Meter Länge und 8,20 Meter Breite zuläßt? |
| 122. Abgeordneter
Straßmeir
(CDU/CSU) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der faktische Ausschluß der Schiffe der sogenannten Europa-Klasse unvereinbar mit dem Grundlagen- und Verkehrsvertrag ist? |
| 123. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU) | Sieht die Bundesregierung die Gefahr, daß die DDR durch die Setzung innerstaatlichen Rechts den Verkehrsvertrag aushöhlt und unsere Binnenschifffahrt einem rücksichtslosen Verdrängungswettbewerb aussetzt? |

124. Abgeordneter
Kunz
(Berlin)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die in den Verkehrsverhandlungen ohnehin nur ungenügend berücksichtigte Binnenschifffahrt vor weiteren Schikanen zu bewahren und darüber hinaus Verbesserungen im innerdeutschen Schiffsverkehrsverkehr zu bewirken?
125. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Gibt die von der Kartenstelle der zentralen Transportleitung der Deutschen Bundesbahn herausgegebene und in den Waggons der Deutschen Bundesbahn, so z. B. im D 127 „Münchner Kindl“, ausgehängte Karte, auf der die Grenze zur DDR auf dem Westufer der Elbe eingezeichnet ist, die Ansicht der Bundesregierung zum Grenzverlauf im fraglichen Gebiet wieder?
126. Abgeordneter
Regenspurger
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung, falls dies nicht der Fall ist, eine Veranlassung, auf eine Korrektur dieses Kartenwerks und Auswechslung in den betroffenen Zügen bei der Deutschen Bundesbahn hinzuwirken?
127. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, in den Verkehrsgesprächen mit der DDR die Prüfung anzuregen, ob der gegenwärtige technische Zustand der Reichsbahnstrecke Berlin — Oebisfelde über Stendal den Zugverkehr mit modernen Reisezügen größerer Geschwindigkeit zuläßt?
128. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU)
- Will die Bundesregierung das Ausmaß der Bereitschaft bei der Deutschen Reichsbahn sondieren, die Reichsbahnstrecke Berlin — Oebisfelde über Stendal für einen alternativen Schienentransitverkehr auszubauen?
129. Abgeordneter
Seefeld
(SPD)
- Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der Ausweitung des Huckepack-Verkehrs zur Überwindung bestehender Schwierigkeiten im alpenüberschreitenden Gütertransitverkehr bei?
130. Abgeordneter
Seefeld
(CDU/CSU)
- Bestehen Absichten, die bisherigen Huckepack-Angebote der Deutschen Bundesbahn auszuweiten und die dafür gegebenenfalls notwendigen Investitionen zu leisten?
131. Abgeordneter
Dr. Lenz
(Bergstraße)
(CDU/CSU)
- Besteht die Absicht, die jetzt bestehenden Verkehrsbeschränkungen auf den Bundesautobahnen im Bereich des Frankfurter Kreuzes vor Beginn der Hauptreisesaison im Sommer aufzuheben, und wenn nein, warum nicht?
132. Abgeordneter
Schreiber
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, auf eine Änderung des Personenbeförderungsgesetzes und der Freistellungs-Verordnung vom 30. August 1962 dergestalt hinzuwirken, daß Kinder auf dem Weg zum Kindergarten gemeinsam mit Schülern im sogenannten Schülerspezialverkehr befördert werden dürfen, was nach der bestehenden Gesetzeslage ausgeschlossen ist, obwohl eine gemeinsame Beförderung unter der Voraussetzung einer ausreichenden Aufsicht pädagogisch zu begrüßen wäre?
133. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, von der Verkehrsuntersuchung „Rhein/Murg“, die das Regierungspräsidium Karlsruhe veranlaßt hat und die im März 1979 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, Kenntnis zu nehmen und dementsprechend meine Frage nach einer Verlängerung der sogenannten Natostraße (L 78b) bis zur BAB 5 von der Fragestunde am 28. März 1979 konkret zu beantworten?

134. Abgeordneter
Dr. Friedmann
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Kostenerstattung für Schallschutzmaßnahmen innerhalb der Lärmschutzzone 1 (§ 5 Fluglärmschutzgesetz) über den 30. November 1980 hinaus zu verlängern, da bei Fristbeginn erhebliche Anlaufschwierigkeiten zu überwinden waren, wie im Erfahrungsbericht angedeutet?
135. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag des Vorsitzenden des Hartmannbundes Dr. Horst Bourmer, daß das Flugpersonal jeder Passagiermaschine zu Beginn des Fluges davon unterrichtet werden sollte, wenn sich ein Arzt an Bord befindet, um qualifizierte Hilfe anbieten zu können, wenn Passagiere oder Mitglieder der Besatzung während des Fluges in eine lebensbedrohende Situation geraten, und welche Möglichkeiten sieht gegebenenfalls die Bundesregierung, zu einer solchen Vorsorgemaßnahme zu kommen?
136. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD)
- Wie ist der Stand der Versuche mit einer Geschiebezugabe zur Verhinderung der Erosion im Rhein alternativ zum Bau einer Staustufe bei Au/Neuburgweier, und lassen sich schon heute Erkenntnisse für das vorsorglich eingeleitete Planfeststellungsverfahren einer neuen Staustufe herleiten?
137. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD)
- Welche Verhandlungen sind mit der französischen Regierung inzwischen geführt worden, um gegebenenfalls die Zustimmung zur Aussetzung des vertraglich vereinbarten Staustufenbaubeginns bei einem positiven Ergebnis des Geschiebezugabeversuchs zu erreichen?
138. Abgeordnete
Frau Dr. Lepsius
(SPD)
- Welche schienengleichen Bahnübergänge sollen im Landkreis Rastatt insgesamt beseitigt werden, welche Planungen sind von der Deutschen Bundesbahn in Zusammenarbeit mit den Straßenbausträgern bereits in Angriff und welche künftig in Aussicht genommen?
139. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Warum werden bei der Deutschen Bundespost — im Gegensatz zur geübten Praxis bei anderen Bundesverwaltungen — die Postbeamten nicht nach einer gewissen Zeit entsprechend dem Dienstposten bezahlt, den sie tatsächlich innehaben, auch wenn sie nicht befördert werden können, und will die Bundesregierung (ähnlich wie bei der Deutschen Bundesbahn) daraus nicht auch die Konsequenzen ziehen, eine durchlaufende Laufbahn für den einfachen Dienst bis A 7 zu schaffen?
140. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Wie hat sich die Personalstärke des Bundespostministeriums, des Posttechnischen Zentralamts und des Fernmeldetechnischen Zentralamts im Vergleich zu den Gesamtbeschäftigten der Deutschen Bundespost seit 1960 entwickelt, und wieviel Erlasse, Verordnungen und Verfügungen produzieren diese Dienststellen pro Jahr?
141. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD)
- Werden die Fernsprechteilnehmer, deren Telefonate bei einem Streit um die Höhe der Fernmelderechnung durch Zählvergleichseinrichtungen erfaßt werden, von dieser Maßnahme vorher unterrichtet, und wenn nein, warum unterbleibt diese Unterrichtung?

142. Abgeordneter **Hoffmann** (Saarbrücken) (SPD) Werden nur Telefonate von Fernsprechteilnehmern durch Zählvergleichseinrichtungen erfaßt, mit denen es Auseinandersetzungen um die Höhe der Fernmelderechnung gibt, oder geschieht dieses auch in anderen Fällen?
143. Abgeordneter **Dr. Schöffberger** (SPD) Kann die Bundesregierung für den Bereich der Oberpostdirektion München (Stichtag 31. März 1979) die Zahl der unbesetzten Dienstposten im Postdienst und im Fernmeldedienst, möglichst aufgegliedert nach Laufbahnen, die Zahl der aufgelaufenen, noch nicht abgegoltenen Überstunden, sowie die Gesamtzahl der vom Erholungsurlaub 1978 noch nicht eingebrachten Urlaubstage nennen?
144. Abgeordneter **Dr. Schöffberger** (SPD) Wieviel Anträge auf Einrichtung von Telefonanschlüssen und anderen Fernmeldeeinrichtungen waren im Bereich der Oberpostdirektion München zum 31. März 1979 unerledigt, und inwieweit ist hierfür nicht die mangelnde technische Kapazität sondern Personalmangel ursächlich?
145. Abgeordneter **Dr. Schöffberger** (SPD) Wie hoch schätzt die Bundesregierung unter Würdigung der vorgenannten Umstände den wünschenswerten Personalmehrbedarf im Bereich der Oberpostdirektion München, und wie läßt sich dieser Personalmehrbedarf mit dem Verlangen des Bundesrechnungshofs in Einklang bringen, das Personal im Bereich der Deutschen Bundespost, insbesondere im Fernmeldedienst, zu vermindern?
146. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU) Hält es die Bundesregierung für richtig, daß der SPD Unterbezirk Schweinfurt am 11. April 1979 eine Parteiveranstaltung in der Kantine des Fernmeldeamts Bad Kissingen abhalten darf?
147. Abgeordneter **Lintner** (CDU/CSU) Welche Miete wird dafür vom SPD Unterbezirksverband Schweinfurt verlangt und bezahlt?
148. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU) Welche Mehrkosten muß ein blinder Mitbürger bei der Einrichtung eines Tastentelephons bezahlen (Installation und laufende Gebühren), und ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß die Installationskosten und laufenden Gebühren für Telefone, die für Blinde geeignet sind, den Kosten üblicher Telefone angeglichen werden?
149. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU) Wie viele Kräfte werden bei der Deutschen Bundespost über die ursprüngliche Festschreibung von 450 000 Kräften hinaus beschäftigt werden müssen, damit entsprechend einer Pressemitteilung des Bundespostministeriums alle Fernmeldehandwerker, die bis zum 30. April dieses Jahrs erfolgreich ihre Ausbildung beenden, ausbildungsgerecht im Fernmeldedienst eingesetzt werden können, und wie verhält es sich mit den Fernmeldehandwerkern, die nach dem 30. April dieses Jahrs ihre Ausbildung abschließen?
150. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU) Wird in den Sozialräumen der Deutschen Bundespost beim Fernmeldeamt in Bad Kissingen eine Parteiveranstaltung durchgeführt, und wenn ja, billigt die Bundesregierung dies, und glaubt sie, daß die parteipolitische Neutralität der Deutschen Bundespost aus der Sicht der Öffentlichkeit noch gewahrt ist?

151. Abgeordneter
Regenspürger
(CDU/CSU) Was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um einen durch diese Veranstaltung möglichen Eindruck in der Öffentlichkeit zu korrigieren, daß Bundesbehörden, SPD und die dem DGB angehörende Deutsche Postgewerkschaft eine Einheit bilden?
152. Abgeordneter
Dr. Dollinger
(CDU/CSU) Hat der Bundespostminister gegen die Wiederholung der Sendung des WDR „Kraftproben“, die sich kritisch mit der Deutschen Bundespost auseinandersetzt, rechtliche Schritte angedroht, wie der Express vom 30. März 1979 meldete?
153. Abgeordneter
Dr. Dollinger
(CDU/CSU) Welche Gründe hat der Bundespostminister gegebenenfalls gegen eine Wiederholung der Sendung „Kraftprobe“ bei der ARD im einzelnen angeführt, und mit welchen rechtlichen Schritten hat er gedroht?
154. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Beamten im gehobenen Postdienst hinsichtlich der Beförderungsmöglichkeiten gegenüber anderen vergleichbaren Beamtengruppen benachteiligt sind, und wenn ja, was wird die Bundesregierung unternehmen, daß es künftig auch im gehobenen Postdienst zu einer leistungsgerechten Bezahlung kommt?
155. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD) Wie viele Beschäftigte der Deutschen Fernkabelgesellschaft (DFKG) in Rastatt konnten inzwischen durch das generelle Übernahmeangebot der Deutschen Bundespost bei der Deutschen Bundespost übernommen werden, ist durch die Personalanpassung eine Konsolidierung der DFKG eingetreten, und auf welcher personellen wie auftragsmäßigen Basis wird künftig die DFKG weitergeführt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

156. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Betrieb eines Bauspielplatzes auch auf Flächen, die im Bebauungsplan als Grünflächen ausgewiesen sind, möglich ist, weil es sich bei den „Bauten“ der Kinder nicht um Bauwerke im Sinne des Baurechts sondern um pädagogisch begrüßenswertes Spielen handelt und auch die Errichtung von Spielhäusern (Blockhütten usw.) zulässig ist?
157. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Ist § 16 Abs. 3 Wohnungsbindungsgesetz in Verbindung mit § 16 Abs. 1 Satz 2 Buchst. a nach Auffassung der Bundesregierung so zu verstehen, daß bei ohne rechtlicher Verpflichtung vorzeitig vollständig zurückgezahlten öffentlichen (einheitlich gewährten) Darlehnsmitteln für eine eigengenutzte Wohnung und eine Einliegerwohnung in einem Eigenheim, beide Wohnungen unterschiedlich zu behandeln sind, nämlich die eigengenutzte Wohnung als bis zum Zeitpunkt der Rückzahlung, die Einliegerwohnung jedoch bis zum Ablauf des 10. Kalenderjahres nach der Rückzahlung als öffentlich gefördert gilt, und wenn ja, verfahren die zuständigen Behörden danach?

158. Abgeordneter
Conradi
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Bundesländer die § 16 Abs. 3 in Verbindung mit § 16 Abs. 1 Satz 2 Buchst. a unterschiedlich anwenden, und wenn ja, ist sie in der Lage und bereit, auf eine einheitliche Rechtsanwendung hinzuwirken?
159. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Sind der Bundesregierung die in der täglichen Praxis auftretenden erheblichen Schwierigkeiten und Unsicherheiten mit der Handhabung unterschiedlicher Antrags-, Verrechnungs- und Anerkennungsverfahren (staatlicher Zuschuß oder Steuerbegünstigung) bei den gesetzlich geförderten heizenergiesparenden Maßnahmen im Wohnungsbau bekannt, und was ist beabsichtigt, um hier generell zu einer überschaubaren und praxisnahen unbürokratischen Handhabung zu kommen?
160. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Entspricht es beispielsweise der Absicht der Bundesregierung, daß die gleiche technische Arbeit zur Energieeinsparung an einem Wohngebäude (z. B. Verblendmauerwerk mit Lüftung und Wärmedämmung) bis zu bestimmten Obergrenzen wertmäßig wohl auf dem Weg über Antrag und zu genehmigenden Zuschuß, nicht aber über den Weg der späteren Steuerbegünstigung gefördert wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

161. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Gibt es eine Zusammenarbeit der Finanzämter in der Bundesrepublik Deutschland und der Finanzämter der DDR bei der Auskunfterteilung über Vermögenswerte und wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

162. Abgeordneter
Pfeffermann
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die in der Monatschrift „Wind-Energie“, Nr. 2/1979, unter der Überschrift „Die vergoldete Windmühle“ wiedergegebene Meinung über die Vergabe von 10 Millionen DM aus dem Haushalt des Bundesforschungsministers an die Firma Statik und Dynamik Forschungsgesellschaft mbH, von der der Eindruck erweckt wird, daß es sich um eine sogenannte Briefkastenfirma handele, und welche technischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen waren für die Förderung dieses Projekts aus der Sicht des Bundesforschungsministers gegeben?
163. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die Arbeit der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung unproduktiv und überflüssig ist, und wird sie nach dem Austritt der bayerischen Landesregierung aus der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung dafür Sorge tragen, daß dieses Institut seine bisherige Arbeit im Interesse einer weiteren Erforschung aller Bedingungen des Friedens ungeschmälert fortsetzen kann?
164. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) Welche mit öffentlichen Mitteln des Bundes finanzierten Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland sind über Auftragsforschung und/oder langfristige Kooperationsverträge mit der

- Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen und ihrem Konzept für Gorleben vertraglich verbunden?
165. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD) Sieht die Bundesregierung in der Ausweitung kommerzieller Kooperationsverträge der Großforschungszentren mit der Atomindustrie Gefahren für die Erhaltung und Ausweitung einer industrieunabhängigen Beurteilungskapazität der staatlichen Großforschungszentren, und wie gedenkt die Bundesregierung derartige Gefahren gegebenenfalls abzuwehren?
166. Abgeordneter
Dr. Becker
(Frankfurt)
(CDU/CSU) Beurteilt die Bundesregierung die Nebenwirkungsmöglichkeiten der Solarien, die hauptsächlich im UV-A-Wellenbereich arbeiten, in gleicher Weise wie bei denjenigen Solarien, die mit größeren Anteilen im UV-B-Wellenbereich wirken?
167. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Welchen Sinn und Zweck verfolgt das von Bundesminister Dr. Hauff vorgesehene Anhörverfahren „Alternative Energien“, und wie läßt sich die Absicht dieses Hearings mit dem integrierten Entscheidungskonzept der Bundesregierung vereinbaren?
168. Abgeordneter
Schröder
(Lüneburg)
(CDU/CSU) Was hat den Bundesforschungsminister veranlaßt, in seiner Publikation „Forschung für den Bürger“ die für die Entwicklung der Kernenergie mit Bundesmitteln betriebene Forschung zu verschweigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

169. Abgeordneter
Müller
(Mülheim)
(SPD) Müssen einem in der Bundesrepublik Deutschland wohnhaften vietnamesischen Emigranten mit einem Fremdenpaß für ein Studium an einer deutschen Universität BAföG-Mittel gewährt werden, wenn im übrigen alle Voraussetzungen für den Bezug von BAföG vorliegen, und wenn ja, wird die Bundesregierung sicherstellen, daß diese Rechtsauffassung auch im Land Nordrhein-Westfalen beachtet wird, wo kürzlich der Antrag eines vietnamesischen Studenten abgelehnt wurde?
170. Abgeordneter
Müller
(Mülheim)
(SPD) Wird die Bundesregierung, falls unter den angeführten Umständen keine BAföG-Mittel gewährt werden können, eine Initiative zur Novellierung des Bundesausbildungsförderungsgesetzes mit dem Ziel zu ergreifen, Ansprüche für den genannten Personenkreis zu begründen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

171. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Ist es zutreffend, daß Rüstungsmaterial für die Nato von Amerika nach Europa und Güter, die mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit finanziert wurden, mit Ostblockschiffen nach Afrika transportiert wurden?

Bonn, den 20. April 1979